Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1892

95 (28.4.1892) II. Blatt

Visual Library

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- und Feiertags und kostet in Karlsruhe in's Haus gebracht vierteljährlich 2 Mk. 60 Pfg. (monatlich 90 Pfg., wenn in der Expedition oder in den Agenturen abgeholt), durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk. 36 Pfg., mit Bestellgeld 3 Mk. 65 Pfg.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Badischer Beobachter.

Samstags-Beilage:
Das illustrirte echtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen".

Anzeigen: Die sechsspaltige Petitzeile oder deren Raum 12 Pfg., Reklamen 25 Pfg. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Inserate nehmen außer der Expedition alle Annoncen-Bureaux an.

Redaktion und Expedition: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe.

№ 95, II. Blatt. Donnerstag, den 28. April 1892.

Bestellungen auf den
„Badischen Beobachter"
für die Monate Mai und Juni
werden fortwährend bei der Post
und den Agenturen, sowie bei der
Haupt-Expedition (Adlerstraße 42)
angenommen.

⊙ Warum wurde der Antrag Menzer vom Reichstag abgelehnt?

Ueber den Hergang selbst haben die Tabakpflanzer noch keine Klarheit erhalten. Wir berichten heute darüber und zwar auf Grund des uns vorliegenden stenographischen Berichts.

Bekanntlich hatte der Reichstag am 9. März mit einer kleinen Mehrheit den Antrag Menzer, den Eingangszoll auf Tabak von 85 auf 125 Mark zu erhöhen, angenommen. Nachdem derselbe aber in jener Sitzung nicht beschlußfähig war, so mußte am 29. März nochmals über den Antrag verhandelt werden.

Inzwischen hatten aber die Fabrikanten und Händler, man kann sagen Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um zu verhindern, daß bei der dritten Lesung der Antrag Menzer wieder eine Mehrheit erhalte. Es erging ein förmlicher Petitionssturm an den Reichstag, er möge doch den schauerlichen Antrag Menzer ablehnen. 37 Petitionen liefen in diesem Sinne ein. 9 derselben gingen von Handelskammern, 25 von Händlern und Fabrikanten und 3 von Tabak-Fabrikarbeitern aus. Dagegen waren nur 2 Petitionen für den Antrag Menzer von Tabakpflanzern gekommen. Die Gründe, welche die Tabakfabrikanten in jenen 37 Petitionen gegen den Antrag Menzer angeführt, haben nicht nur die freihändlerischen Abgeordneten in ihren Ansichten befestigt, sondern es sind auch viele Abgeordnete, welche Anfangs dem Antrag Menzer geneigt waren, durch diese Gründe veranlaßt worden, in der dritten Lesung gegen denselben zu stimmen.

Was haben denn die Herren in ihren Petitionen so Gewichtiges vorgebracht? Sie behaupten vor allem, daß ein hoher Schutzzoll dem deutschen Tabakpflanzer nicht helfe, da sich der Geschmack verändert habe. Derjenige deutsche Tabak, der leicht und gut sei, werde immer noch voll bezahlt, der schwere und schlecht verendbare dagegen könne niemals gut bezahlt werden und das sei besonders in der Pfalz und im Elsaß der Fall. Der Erhöhung des Eingangszolles müsse aber den Tabak auch vertheuern, so daß die Raucher nicht nur schlechtere, sondern auch theuere Cigarren und Tabak erhielten. Dadurch werde nothwendig der Verbrauch abnehmen und es müßten in Folge dessen zahlreiche Arbeiter aus den Fabriken entlassen werden. Diese Gründe übten auf den Reichstag einen so gewaltigen Druck aus, daß in der That zahlreiche Abgeordnete, welche früher den Tabakbauern durch einen hohen Eingangszoll zu helfen bereit waren, nun glaubten, diese Hilfe sei nicht nur unmöglich, sondern der hohe Zoll werde auch eine große Schädigung der Industrie und des Arbeiterstandes herbeiführen. Die Raucher, die doch auch mitreden, würden durch die Vorspiegelung, schlechtere Cigarren zu höheren Preisen rauchen zu sollen, in höchstem Maße aufgeregt.

Bei der Verhandlung im Reichstage am 29. März kam merkwürdigerweise der Antragsteller Konsul Menzer gar nicht zum Wort. Nur mit einer persönlichen Bemerkung konnte er sich schließlich noch gegen die Vorwürfe, die ihm gemacht worden waren, rechtfertigen. Andere Mitantragsteller, so Graf Douglas, Stöcker und v. Winterfeld-Menkin waren gar nicht anwesend! Der Abgeordnete Möller legte lang und breit die oben erwähnten Gründe dar, welche die Tabakfabrikanten und Händler gegen eine Zollerhöhung in ihren Petitionen vorgebracht hatten. Der Abgeordnete Fritzen sprach zu Gunsten der Industrie, die man nicht schädigen dürfe, weil sie sonst viele Arbeiter entlassen müsse. Auch er bezweifelte, daß der Antrag Menzer den Tabakbau heben könne, da der Geschmack der Raucher sich nicht durch den Zoll beeinflussen lasse. Der freisinnige Dr. Barth sprach im Sinne der Freihandelspartei, welche überhaupt keinen Schutz für die deutsche Arbeit haben will. Der Abgeordnete v. Kleist-Retzow gehörte zu denen, welche durch die Gründe der Fabrikanten anderer Ansicht geworden waren. Er sprach jetzt ebenfalls gegen den Antrag Menzer, zumal da seine Wähler in Westfalen, wo viel Tabak bearbeitet wird, es ausdrücklich verlangten, daß er ihre wirthschaftlichen Interessen wahren solle. Das Gleiche, sagte er, gelte für den Abgeordneten Stöcker, der auch in dieser Frage die Interessen der Fabrikation vertreten müsse; auch wies er darauf hin, daß die Nothlage unserer Tabakpflanzer besonders in der Versperrung der Ausfuhr unseres deutschen Tabaks liege, sowie darin, daß die Raucher, auch die Arbeiter und Bauern gegenwärtig mehr Cigarren und seltener mehr die Pfeife rauchten. Es bestände nun die Gefahr, daß die Fabrikation bis zur Hälfte eingestellt werden müsse. Man sieht hieraus, welchen Blauwau den großen Herren Fabrikanten dem Reichstage vorzumachen gelungen war!

Für den Antrag Menzer sprach eigentlich nur der Abgeordnete Reichsgraf v. Hoensbroech (Centrum). Er behauptete, das größere sozialpolitische Interesse stehe auf Seiten der Tabakbauern, diesen müsse man vor Allem helfen, dann erst können Industrie und Handel. Darauf zeigte er, wie unglücklich das Verhältniß zwischen Zoll und Steuer sei. Früher sei es 1:6 gewesen, jetzt sei es 1:2; die Folge sei, daß der schlechte ausländische Tabak mit Gewalt nach Deutschland geworfen werde, weil wir einen bedeutend geringeren Eingangszoll hätten als fast sämmtliche andere Länder. Daher komme die Noth der Tabakbauern, und dieser müsse man vor Allem abhelfen.

Eine höchst seltsame Rede hat der pfälzische Abgeordnete Brünings gehalten. Er sprach einmal gar nicht für den Antrag Menzer, obwohl er noch kurz vorher bei der ersten Abstimmung für einen höheren Eingangszoll auf Tabak gesprochen hatte. Man hätte nun erwarten sollen, daß er bei dieser Gelegenheit im Reichstage, wo es galt, in ähnlicher Weise reden und jedenfalls den Antrag Menzer vertheidigen würde. Statt dessen hat er den Wunsch geäußert, man möge die Rippen des inländischen Tabaks steuerfrei lassen. Die Rippen müßten vernichtet und als Dünger verwendet werden dürfen. Die Steuerfreiheit der Rippen würde es dem Händler ermöglichen, dem Bauer bessere Preise zu bezahlen, und die Bauern wären dadurch angeregt, ihren Tabak besser zu pflegen. Brünings ersuchte daher die verbündeten Regierungen, die Frage zu erwägen, ob nicht gleich den Rippen des ausgeführten Tabaks, auch den Rippen des im Inlande in den freien Verkehr gesetzten Tabaks Steuerfreiheit zu gewähren sei, sofern diese Rippen unter steueramtlicher Aufsicht vernichtet würden.

Der Leser wird begreifen, daß damit indirekt dem Antrag Menzer geradezu entgegengetreten war. Der Abgeordnete Brünings hat durch seinen Rippenantrag jenen Abgeordneten, welche dem Tabakpflanzer helfen und doch der Erhöhung des Eingangszolles nicht ganz geneigt waren, einen Weg geöffnet, auf welchem sie glaubten, ihre Sympathie für den Tabakpflanzer ausdrücken zu können.

In den Kreisen der Tabakpflanzer legt man der Steuerfreiheit der Rippen gar keinen Werth bei. Diese Steuerfreiheit käme nur wenigen Großhändlern zu Statten, welche große Transitlager unter Zollverschluß und große Tabakmassen besitzen, die weitaus größte Anzahl der Händler aber, die mittleren und kleineren, sind kaum in der Lage, ihren Tabak in steuerfreie Lagern entrippen zu lassen. Da also überhaupt nur ein verhältnißmäßig kleiner Theil des Tabaks entrippt würde, so wäre der Einfluß dieser Maßregel auf die Preisbildung beim Bauer jedenfalls unbedeutend. Wir werden diese Frage in einem späteren Artikel noch näher behandeln.

Das Ergebniß der Abstimmung war, daß der Antrag Menzer mit 200 gegen 66 Stimmen abgelehnt wurde. Von allen Parteien hat das Centrum verhältnißmäßig am stärksten für den Antrag gestimmt. Es stellte hierfür 26 Mann. Darunter insbesondere eine größere Anzahl bayerischer Centrumsabgeordneter, welche offenbar durch die Verhandlungen im bayerischen Landtag veranlaßt worden waren, für den Antrag Menzer zu stimmen.

Von den Preußisch-Konservativen haben 27 für den Antrag Menzer gestimmt, von den Nationalliberalen nur 7, darunter die 4 Pfälzer Brünings, Brunck, Dr. Bürklin, Dr. Buhl. Die beiden anderen Pfälzer, Abt und Dr. Glemm, ließen sich krank melden. Wenn man die 4 Pfälzer abzieht, welche für den Antrag Menzer stimmten, und den Abgeordneten Petri aus dem Elsaß, so bleiben nur noch zwei nationalliberale Abgeordnete übrig! So sehr hat diese Partei die Interessen der süddeutschen Tabakpflanzer vernachlässigt. Man hätte glauben sollen, da sie in der Pfalz ihre Hochburg besitzt, so hätte die Partei sich doch mehr des Vorderpfälzer Bauernstandes annehmen müssen, das ist aber nicht geschehen. Freilich sind die Fabrikanten und Händler, denen zu Liebe der Antrag Menzer gefallen ist, vorwiegend Nationalliberale und Freisinnige. Daß die Freisinnigen, die Demokraten und die Socialdemokraten gegen den Antrag Menzer gestimmt haben, versteht sich eigentlich von selbst. Die Freisinnigen und die Demokraten wollen keinen Schutz der deutschen Arbeit und die Socialdemokraten möchten am liebsten den Bauer durch den Freihandel ganz zu Grunde richten, um ihn für ihre Pläne würdig zu machen.

Bemerkenswerth ist das Fehlen fast aller elsässischen Abgeordneten. So fehlten Baron Zorn von Bulach, Dr. Höffel und North aus dem Elsaß; überhaupt haben von 15 Elsässern nur 3 dafür gestimmt. Aus Hessen fehlte auch der Abgeordnete Dr. Osann aus Darmstadt. Unter den Abgeordneten, welche gegen den Antrag Menzer stimmten, befindet sich auch der hessische Abgeordnete Scipio aus Mannheim. Mit ihm stimmten sämmtliche hessischen Abgeordneten, darunter sogar der nationalliberale Herr Dr. v. Marquardsen, obwohl er in dem Wahlkreis Worms-Heppenheim gewählt ist, in welchem sehr viel Tabak gebaut wird. Die hessischen Tabakbauern dürften deshalb bei einer späteren Agitation ganz besonders über das Wohlwollen ihrer Abgeordneten aufzuklären sein.

Die Ablehnung des Antrages Menzer hatte somit zunächst ihren Grund in der ungeheuren Agitation, welche die Fabrikanten und Händler gegen denselben entfaltet hatten. Alsdann entsprach aber die Vertheidigung des Antrages im Reichstage durchaus nicht seiner Bedeutung und besonders muß die Art und Weise, in welcher der pfälzische Abgeordnete Brünings den Antrag Menzer nicht nur nicht vertrat, sondern zu umgehen suchte, vom Standpunkt des Tabakbauern durchaus mißbilligt werden. Das war nicht nur keine Begründung des Antrags, sondern geradezu eine Beseitigung desselben. Und doch war Herr Brünings ein Mitantragsteller!! Anstatt den Antrag energisch zu vertheidigen, öffnete er vorzeitig eine Hinterthür, indem er die Steuerfreiheit der Rippen empfahl. Diese würde aber dem Bauer wenig helfen und nur dem großkapitalistischen Handel und der Industrie nützen.

Bei der maßlosen Agitation der Großfabrikanten, welche selbst die unerhörtesten Uebertreibungen nicht scheuten, hätte auch von Seite des Bauernstandes viel mehr geschehen müssen, um die Anstrengungen der Fabrikanten und Händler zu entkräften. Insbesondere hätte erreicht werden müssen, daß alle Reichstagsabgeordneten aus Tabak bauenden Gegenden mit Entschiedenheit für den Antrag eintreten, was diesmal, wo alles auf dem Spiele stand, durchaus nicht geschehen ist, da außer dem Grafen Hoensbroech kein Einziger für den Antrag gesprochen hat. Warum sprachen sie nicht, die vor den Wahlen immer so bauernfreundlichen Herren aus der Pfalz, wo waren die aus Hessen und aus dem Elsaß?

Mögen die Tabakbauern für die Zukunft eine Lehre daraus ziehen! Die Hoffnung braucht man freilich nicht aufzugeben, aber vor Allem muß man bei dieser Lage der Dinge dringend rathen, den Tabakbau auf's Aeußerste zu beschränken. Nur dadurch können noch annehmbare Preise erzielt werden. Auch dürfte es sich empfehlen, die verbündeten Regierungen nochmals ernstlich und immer wieder auf die Nothlage der Tabakbauern aufmerksam zu machen. So wie die Dinge liegen, kann es unmöglich bleiben. Deßwegen darf der Muth nicht sinken, sondern es muß weiter gekämpft werden und wenn der Bauernstand die Frage im Fluß hält, so wird ihm sicherlich früher oder später noch sein Recht werden.

Deutschland.

Berlin, 26. April.

Die Verzögerung der Abreise des Reichskanzlers ist noch der „Köln. Ztg." nicht auf politische Ereignisse zurückzuführen. Ein Neffe des Reichskanzlers sei an einer Lungenentzündung lebensgefährlich erkrankt, einzig die Rücksicht auf diesen Zustand habe den Aufschub veranlaßt. Nachdem Sonntag eine entschiedene Wendung zur Besserung eingetreten sei, habe Caprivi,

---

Im Banne geheimer Mächte.

(6) Originalroman von Adolphe Belot.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

„Sie hegten den Wunsch, mit dem Mörder des Grafen Lodisme zu sprechen," sagte der Inspektor. „Wie haben Sie ihn gefunden?"

„Ruhig, resignirt, fast möchte ich es blasirt nennen," meinte Gardiner gleichmüthig, dem das rasche, flüchtige Lächeln entging, das bei seinen Worten über das Gesicht Bordeurs glitt. „Er hat sich offenbar in das Unabänderliche mit einer gewissen mürrischen Abgestumpftheit gefügt. Ich denke, er macht Ihnen nicht viel Mühe, wie?"

„O nein, sicherlich nicht," entgegnete der Inspektor, auf dessen in kalter Ruhe gehaltenen Zügen nichts mehr von dem vorherigen Lächeln zu bemerken war. „Wenn all unsere Leute wären wie er, so würde unser Leben ein bequemes sein. Meinen Sie nicht?"

„Gewiß. Aber Sie haben gefährlichere Subjekte hier?"

„Verschiedene. Und zumal jetzt geht ein Geist der Unruhe durch die Insassen von La Roquette. Man erwartet Nachrichten von Außen her, man knüpft Hoffnungen daran, spinnt Pläne —"

„Zur Flucht?"

„Auch das — wenn auch erst für später. Ueberhaupt Pläne zur Verständigung mit der Außenwelt, meine ich. Der Transport von Sträflingen nach den Kolonien steht bevor und in der Gleichförmigkeit des Lebens von La Roquette ist das immer ein Ereigniß."

„Man kommt mit Personen aus der Außenwelt in Berührung," fuhr der Inspektor fort, „die zugelassen werden, um Abschied zu nehmen, Insassen des Gefängnisses scheiden aus, um über's Meer gebracht zu werden, nach einem Ort, wohin man Grüße, geheime Bestellungen oder Winke an alte Bekannte zu senden hat, das gibt dann den Köpfen unserer unruhigen Geister genug zu thun. Fluchtpläne von hier aus sind es weniger, die sie beschäftigen. Unsere gewiegten Burschen wissen, daß es sich aus La Roquette schlecht entflieht."

„Halten Sie das Gefängniß für fester als die anderen?"

„Es gilt als das festeste, das Frankreich besitzt. Um Ihnen dasselbe auch in dieser Eigenschaft zu zeigen, geschah es, daß ich Sie hierher führte. Nehmen wir an, daß es einem Gefangenen wirklich geglückt sei, aus seiner Zelle oder seinem Schlafsaal, aus der Veste, die jede einzelne Abtheilung dieses Gebäudekomplexes bildet, zu entkommen und bis hierher an die Außenseite der Gesammtfestung zu gelangen. Wir befinden uns hier in dem ersten Rondengange, der dieselbe umschließt. Der Gefangene, nachdem er alle Schwierigkeiten bis hierher überwunden, muß auf seinem weiteren Wege zur Außenwelt diesen Gang überschreiten. Da sehen Sie, in welche Mäusefalle er gerathen: zu seiner Rechten die Gebäude, denen er mit Mühe entkommen, zu seiner Linken eine glatte, kahle Mauer von beiläufig zwanzig Fuß Höhe. Jenseits derselben ein äußerer zweiter Rondengang mit einer Schildwache etwa alle zwanzig Schritt und an diesem und jenem Ende des inneren Ganges — bitte, sehen Sie diese Vorkehrungen von Wachsamkeit und lokaler Unüberwindlichkeit."

Der Inspektor fuhr in seiner Detaillirung der Schwierigkeiten, die sich einer Flucht entgegenstellten, mit einem Eifer fort, der Gardiner's Interesse halb fesselte, halb ihn verdroß, da diese Schwierigkeiten gar so wenig zu seinen Wünschen paßten.

„So halten Sie eine Flucht aus diesem Gefängniß für eine absolute Unmöglichkeit?" unterbrach er endlich den Inspektor fast ärgerlich.

„Für eine Unmöglichkeit — nein," entgegnete Bordeur mit einem schlauen Lächeln. „Es gibt eine Möglichkeit des Entkommens — für den, der sie kennt und ihrer habhaft werden kann."

„Und sie wäre?" fragte Gardiner fast ein wenig zu rasch.

Der Inspektor stockte einen Moment und warf einen scharfen, prüfenden Blick auf Gardiner. „Nun, weshalb sollte ich es Ihnen nicht sagen," versetzte er dann mit einem Gleichmuth, der etwas erkünstelt schien.

„Sie werden nicht den Versuch machen wollen, einen Gefangenen zu befreien. Bitte, wir sind hier an meinem Wörterstübchen, treten Sie ein, wenn Sie die Güte haben wollen; man spricht von solchen Dingen nicht gern auf offenem Gange."

Es fiel Gardiner auf, daß Bordeur gerade bei seinem Stübchen angelangt war, als sich das Gespräch bis zu diesem vertraulichen Punkt abgespielt, allein das erhöhte seine Begier nur, mit dem Oberwächter unbelauscht weiter zu sprechen. Es begann ihm plötzlich zu scheinen, als verfolge derselbe bei seinem Gebahren eine bestimmte Absicht, die vielleicht Gardiner's Plänen nicht ungünstig war. Er trat in das kleine, bescheiden möblirte und fast nur zellenartige Stübchen ein. Bordeur folgte ihm und zog die Thür hinter sich in's Schloß.

„Eine Flucht wäre möglich," sagte er, den Amerikaner höflich zum Sitzen auf dem kleinen, dürftigen Kanapé einladend, während er selbst auf dem einzigen Stuhl des Gemaches Platz nahm: „Eine Flucht wäre möglich mit einer Hülfe, die dem Gefangenen aus dem Innern des Hauses käme."

„Und diese wäre?"

„Das Einverständniß des diensthabenden Oberwächters, der für die Sache gewonnen sein müßte."

„Ah!"

„Wir haben den Fall gehabt und es war in langen Jahren die einzige Flucht aus La Grande-Roquette, die thatsächlich gelang."

„Sie sind Inspektor des Gefängnisses?"

„Nein — Oberwächter nur, mit dem leeren Titel eines Inspektors, aber mit dem Dienst und Gehalt eines Oberwächters — seit zehn Jahren. Man hat mich zurückgesetzt — Andere mir vorgezogen — weil ich keine vornehme Fürsprache habe — vor den Oberen nicht zu kriechen weiß —"

„Sie sind verheirathet — Familienvater?"

„Verheirathet — vier Kinder. Zwei Jungen, die etwas lernen sollen, und zwei Töchter, die ausgestattet werden wollen."

„Ihr Dienst ist ein harter, wie ich mir denken kann. Beziehen Sie ein gutes Gehalt?"

„Pah! Wohin denken Sie! Dreitausend Francs das Jahr und eine dürftige kleine Wohnung. Zu viel, um zu verhungern und zu wenig, um davon zu existiren."

„Meiner Treu, wenig für so viel, was man von Ihnen verlangt! Wären Sie bereit, eine andere Stellung anzunehmen?"

„Alle Teufel, ich ginge dafür durch's Feuer!"

„Ich proponire Ihnen eine solche mit jährlich 10,000 Francs, für welche Sie nichts zu thun haben."

„Und ich — proponire Ihnen dafür die Freiheit Jean Bérard's!"

27. Kapitel.

Der Amerikaner war bei den Worten Bordeurs erschreckt aufgesprungen und starrte ihn an. „Was wollen Sie mit Jean Bérard?"

„Ihnen melden, daß ich Sie errathen habe, Mr. Gardiner," versetzte der Inspektor ruhig. „Ich beobachtete Sie scharf bei Ihrer Unterredung mit Jean Bérard und sah dessen Erregung, die er trotz seiner ersichtlichen Bemühung, sie niederzukämpfen, wiederholt zeigte, sah auch Sie, obwohl Sie mir den Rücken zukehrten, mehrmals zusammenzucken und dann wieder hastig eine straffe Haltung annehmen. Einem geübten Auge, das zu sehen versteht, entgeht so etwas nicht. Ihre Bemerkung, als Sie zu mir kamen, daß Sie Bérard ruhig und sogar blasirt gefunden, stand im strikten Widerspruch mit dem, was ich beobachtet, und eröffnete mir das Verständniß dessen, weshalb Sie dieses Gefängniß zu studiren wünschen mochten. Meiner einmal wach gewordenen Vermuthung waren Ihre Fragen, Ihre forschende Aufmerksamkeit bei meinen Erklärungen, die ich absichtlich ganz auf das Gebiet des Fluchtversuchs lenkte, mit jedem Augenblick mehr eine Bestätigung und Ihre letzten Worte, Ihr generöses Anerbieten, wenn Sie mir gestatten, Sie an dasselbe zu erinnern, zeigte mir, daß ich mich nicht getäuscht."

„Sie sind ein Mann von scharfem Blick," sagte Gardiner, tief aufathmend. „Und was beabsichtigen Sie zu thun?" Der Amerikaner hatte seine ganze Ruhe und Entschlossenheit wiedergewonnen und trat auf alle Fälle mit dem Anschein des gemächlichen Schlenderns einige Schritte seitwärts, um zwischen dem Beamten und der Thür Posto zu fassen.

„Was ich zu ihnen beabsichtige? Beunruhigen Sie sich nicht," sagte Bordeur gelassen, ohne von des Amerikaners Strategik, die ihm nicht entgangen war, Notiz zu nehmen.

„Ich beabsichtige, Ihr Anerbieten zu acceptiren, wenn Ihnen dasselbe Ernst ist."

„Wie — Sie wollten —?"

„Auch einmal der Gescheidte sein, nachdem ich so lange nur das Lastthier und der Narr der Menschen gewesen!" rief Bordeur ingrimmig, aber mit vorsichtig unterdrückter Stimme aus. „Das Glück [illegible] von mir stohen, da ich es einmal ergreifen kann, [illegible] es bisher immer mich von sich gestoßen! Ich [illegible] nicht von sonstigen Dingen, die mich bewegen. [illegible] vielleicht der Wunsch, verhaßten Vorgesetzten einen Streich zu spielen und ihnen eine tüchtige Nase von Oben her zuzuziehen; vielleicht der Umstand, daß ich zu denen gehöre, die an Bérard's Unschuld glauben. Was verschlägt es Ihnen, weßhalb ich's thue? Genug, ich gehe auf das Geschäft ein. Sagen Sie's noch einmal, was bieten Sie mir?"

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

wie schon gemeldet, gestern Morgen die Fahrt nach Karlsbad angetreten.

— Der „Reichs- und Staatsanzeiger" veröffentlicht die Ernennung des Unterstaatssekretärs Magdeburg zum Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau.

— Ueber Kaiser Wilhelm II. und die öffentliche Meinung äußert sich der freisinnige Abgeordnete Barth in der „Nation" aus Anlaß eines „William" betitelten anonymen Aufsatzes in dem Aprilheft der angesehenen englischen Monatsschrift „The Contemporary Review", von welchem Aufsatz es in der „Nation" heißt: „Der Inhalt läßt keinen Zweifel darüber, daß wir es mit einer deutschen Feder zu thun haben, und zwar mit einer Feder ersten Ranges. Es ist das Raffinirteste, was bisher über den deutschen Kaiser publicirt worden ist: schonungslos in der Beurtheilung seiner Fehler, voll boshafter Anekdoten und scharfer epigrammatischer Wendungen; dabei literarisch fein geschliffen und in der äußeren Form nicht angreifbar." Dr. Barth führt im Einzelnen aus, daß dieses Pasquill nur aus dem Bismarck'schen Lager stammen kann, und er beantwortet die Frage, weßhalb denn auf das Pasquill aufmerksam gemacht werde, mit den Worten: „Weil es die feinste Blüthe eines Gewächses ist, das heute in zahllosen Exemplaren wild vorkommt; weil ferner unter all den Vorheiten und Uebertreibungen ein gut Theil beglaubigter Thatsachen verborgen ist; und weil deshalb die öffentliche Meinung geneigt ist, alles für baare Münze zu nehmen, was ihm in dieser teuflisch geschickten Weise beigebracht wird." Der Artikel der „Nation" schließt folgendermaßen: „Wenn der Kaiser aufrichtige Freunde in seiner Umgebung habe, so sollten dieselben keine höhere Pflicht kennen, als ihm darüber klaren Wein einzuschenken, weßhalb die öffentliche Meinung sich seit einiger Zeit so erheblich zu seinen Ungunsten verändert habe. Es seien nicht die großen Akte seiner Regierung, sondern andere Dinge, „die alle mehr oder weniger den Charakter von Aeußerlichkeiten tragen, die aber eben deßhalb der großen Masse am leichtesten verständlich sind, über welche sich ein Jeder leicht ein Urtheil bildet, und die daher mit besonderer Vorliebe als Unterlage für die Beurtheilung der gesammten Persönlichkeit gewählt werden. Was dem Kaiser in dieser Beziehung vorgeworfen wird, das findet sich in dem besprochenen Artikel der „Contemporary Review" mit einer Sorgfaltkeit zusammengetragen, die jede anderweitige Specialisirung überflüssig macht. Schließlich hält die öffentliche Meinung alles für möglich, und es bemächtigt sich des Volkes jene innere Unruhe, in der die ganze politische Zukunft des Landes als von unsichern Faktoren beherrscht erscheint. Bei einer derartigen Disposition des Volksgeistes bekommen selbst an sich untergeordnete Vorgänge eine größere Bedeutung; und in diesem Zusammenhange wird auch der Gedanke einer neuen Lotterie, aus deren Erträgen die Mittel für eine weitere Freilegung des königlichen Schlosses genommen werden sollen, von der Presse mit Recht als eine Angelegenheit von Wichtigkeit behandelt. Den Strebern, die sich mit neuen Lotterie-Projekten an den Kaiser heranbrängen, sollte man statt des erhofften Ordens einen kräftigen Fußtritt geben. Mit solchen schäbigen Dingen den Namen des Königs zu verquicken, ist mehr als eine grobe Taktlosigkeit, ist insbesondere in einer Zeit, wo die öffentliche Meinung so wie so geneigt ist, an dem Verhalten des Monarchen Kritik zu üben, geradezu unverzeihlich."

— Unter der Spitzmarke „Eine geheime Nebenregierung" schreibt die „Freis. Ztg.": „Mit einer Wichtigkeit, als ob es sich um eine Sitzung des Staatsministeriums gehandelt habe, wurde in den Zeitungen jüngst berichtet, daß „das Komitee für die Niederlegung der Schloßfreiheit" am Mittwoch Vormittag in der Charwoche eine Sitzung abgehalten hat. Woraus besteht diese Kommission, und welche Autorität kann dieselbe beanspruchen? Ist sie etwa vom Kaiser selbst direkt oder indirekt eingesetzt worden? Mit nichten. Haben die Kommissionsmitglieder etwa einen Auftrag von Behörden? Auch dies ist nicht der Fall. Früher wurde ein Mal gesagt, daß die städtischen Behörden in der Kommission vertreten seien. Jetzt aber wird in den Blättern ausdrücklich mitgetheilt, daß an der Sitzung in voriger Woche „die städtischen Vertreter" nicht theilgenommen haben. Wer zum Komitee gehört, sitzt also darin nur in Folge eigenen Beliebens und ohne jeden amtlichen Charakter. Welcher Beweggrund aber hat die Mitglieder des Komitees zusammengeführt? Handelt es sich um persönliche und private Geldinteressen? Dies wird abgeleugnet. Sicher ist nur, daß die Mitglieder des Komitees mit ihrem Geldbeutel nicht verantwortlich sind für das, was sie dort unternehmen. Das Komitee hat auch die erste Schloßlotterie erst eingeleitet, nachdem ein besonderes Finanzkonsortium jedes Risiko dabei übernommen hatte. Was in aller Welt stellt aber dieses geheimnißvolle Komitee denn eigentlich vor? Es ist ein Gemisch von allerlei Sonderinteressen und persönlicher Liebedienerei, welches die Herren zusammengeführt hat. Mitglieder einzelner Behörden haben sich dazu gefunden, offenbar in der Annahme, daß die Absichten des Komitees demjenigen entsprechen, was höheren Orts gewünscht wird; aber gewünscht wird nicht unter der Verantwortlichkeit von Behörden, sondern unter einer Deckadresse „unabhängiger Bürger". Unlängst berichtete sogar die „National-Zeitung", daß einer dieser „unabhängigen" Bürger auf die Bürgerkrone spekulire, demnächst Oberbürgermeister von Berlin zu werden. Das Komitee ist Niemand verantwortlich, nicht ein Mal moralisch vor der Oeffentlichkeit; denn vor der Oeffentlichkeit treten die Herren niemals mit ihren Namen hervor. Es wohnt diesem Komitee gleichwohl eine geheimnißvolle Macht bei, vor der sich alle Thüren von Bittstellern gleichsam wie von selbst öffnen. Dort, wo jenes Komitee mit seinem Zauberstabe erscheint, gleichen sich sofort alle Schwierigkeiten aus. Kein Wunder, daß man daher, was in diesem Komitee vorgeht, für wichtiger erachtet, als was die Minister selbst wollen. Dem ersten Schloßlotterieprojekt setzten die betreffenden Ressortminister Widerstand entgegen. Der Widerstand aber schmolz alsbald in einer darauf folgenden Kronrathssitzung zusammen. Die verantwortlichen Minister beugten alsdann mit ihrer Unterschrift die Projekte des unverantwortlichen Komitees. Wird derselbe Vorgang sich jetzt wiederholen? Aus der Presse aller Parteien heraus verlangt man nach einer Erklärung des Ministeriums im „Reichsanzeiger", welche alle weiteren Schloßlotterieprojekten ein für alle Mal ein Ende macht. Die Erklärung bleibt aus. Ist die geheime Nebenregierung wirklich mächtiger als die verantwortliche? Das würde nicht auf gesunde Zustände in unserem Staatsleben hinweisen. Als sich bei der Frage des Volksschulgesetzes eine solche Nebenregierung bemerkbar machte, da wußte Graf Zedlitz, was er zu thun hatte. Sollten in der Lotteriefrage die verantwortlichen Minister weniger selbständig sein?" — Zur Frage der Schloßlotterie schreibt die Berliner „Börsen-Zeitung", die Angelegenheit sei nunmehr so weit gediehen, daß es auf die Entscheidung der verantwortlichen Stellen in Preußen ankomme, ob die Lotterie stattfinde oder nicht. Das kann wohl nur bedeuten, der Lotterieplan sei nunmehr zur Genehmigung dem Ministerium zugegangen. — Die freisinnige Fraktion des Abgeordnetenhauses beschloß einen Antrag einzubringen, der von der Regierung Auskunft über die Gerüchte bezüglich der Veranstaltung einer Lotterie zum Zwecke einer Umgestaltung des Schloßplatzes verlangt.

— Ein weiterer Antrag der Freisinnigen soll die Regierung ersuchen, die Ergebnisse der Einkommensteuer im allgemeinen, sowie bezüglich der größeren Kommunen zu veröffentlichen.

— Die „Hamb. Nachr." führen aus, die geplante Vermögenssteuer sei ein brutales, vexatorisches Gesetz, das den Reichen gehässig treffe, die Erwerbsthätigkeit der Nation einschränke und die allgemeine Unzufriedenheit erhöhe.

— Der „N.-Y. Herald" bringt einen Bericht über eine Unterredung, die der Korrespondent des Blattes mit dem Führer der deutschen Socialdemokraten, Herrn August Bebel, gehabt hat. Das Gespräch ist darum nicht ohne Interesse, weil es einen weiteren Einblick in die Ziele und Absichten der Socialdemokratie gewährt. Herr Bebel begann seine Auseinandersetzung mit einem Protest gegen neuerdings in Amerika und anderswo veröffentlichte Angaben, daß an den neulichen Unruhen in Berlin Socialdemokraten betheiligt gewesen seien. „Wir Deutschen," fuhr er fort, „sind so sehr an Ordnung gewöhnt, daß bei der geringsten öffentlichen Störung ein panischer Schrecken eintritt. Der Charakter unseres Volkes ist der Gewaltsamkeit abgeneigt und die socialdemokratische Bewegung bedarf auch keiner Gewaltthaten, sie macht auch ohne dieselben Fortschritte. Wir wissen, daß jede Gewaltthat, zu der wir uns hinreißen ließen, für unsere Sache verhängnißvolle Folgen haben und zu einer Erneuerung der Repressivmaßregeln führen würde, von denen wir theilweise befreit worden sind." Dagegen hoffe die Socialdemokratie auf weitere parlamentarische Erfolge. Bei den nächsten Wahlen werde sie 2 Millionen Stimmen aufbringen. „Binnen zehn Jahren können wir zwar keine parlamentarische Majorität, aber doch die Mehrheit der Wahlstimmen gewinnen. Und dann, fragen Sie, was wir dann machen werden? Nun, auch das ist keine leichte Frage. Unser Verfahren würde von den Umständen abhängen. Eine Revolution ist in der nächsten Zukunft in Deutschland unmöglich. Das Bürgerthum stellt sich entschieden jeder Revolution entgegen. Wenn sie aber kommt, wird sie eine gründliche sein, wie es natürlich ist, da unser Ideal die Republik ist." Schließlich erklärt Herr Bebel, er erwarte keine ernsten socialistischen Bewegungen in Deutschland für den 1. Mai. „Wir sind, wie gesagt, der Gewaltthätigkeit abgeneigt. Die Arbeiter wissen ebenso gut wie ich, daß die Socialdemokratie ihre Zwecke nur durch die allmälige Entwickelung der socialen und politischen Zustände erreichen kann."

— Gestern haben Haussuchungen bei Socialisten und Anarchisten stattgefunden. Im Ganzen wurden zwanzig Personen verhaftet, wobei anarchistische und socialistische Druckschriften vorgefunden und beschlagnahmt wurden.

— Eine Wallfahrt der deutschen Katholiken zum Grabe des hl. Bonifatius in Fulda ist für den 7. Juni (Dienstag nach Pfingsten) in Aussicht genommen. Da der hochw. Herr Bischof von Fulda bereits durch besonderen Erlaß seine Diöcesanen eingeladen hat, an diesem Tage besonders zahlreich zum Grabe des hl. Bonifatius, dessen Kapelle neu restaurirt wurde, zu wallfahren, so wird der 7. Juni sich zweifellos zu einer imposanten religiösen Kundgebung der deutschen Katholiken gestalten und ganz gewiß eine große Zahl der letztern am Grabe des Apostels der Deutschen vereinigen. Der Aufruf des Komitees, welches die Wallfahrt angeregt hat und arrangirt, wird demnächst veröffentlicht.

— Die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses lehnte es ab, mit der Helldorff'schen Streitsache sich zu befassen, da er dem Hause nicht angehöre. In den nächsten Tagen finden Fraktions-Sitzungen betr. Abänderung des konservativen Programms statt.

— Die Arbeiterwohlfahrts-Konferenz beschäftigte sich heute mit der Frage der zweckmäßigen Verwendung der Sonntags- und Feiertagszeit. Der Handelsminister Frhr. v. Berlepsch dankte der Versammlung für die empfangenen mannigfachen Anregungen und widerlegte die Bemerkung des Geheimraths Böhmert, daß die Centralstelle staatliches Organ sei, als auf irriger Anschauung beruhend. Die Regierung verfolge die Verhandlungen der Konferenz mit dem größten Interesse, da der preußische Staat vielleicht der größte Arbeitgeber Deutschlands, daher seien die Beamten des Ministeriums mit der Centralstelle eng verbunden. Der Minister hofft, daß das freundschaftliche Verhältniß zwischen Regierung und Centralstelle stets erhalten bleibe.

— Die vom Reichsamte des Innern durch den Reichskommissar für die Weltausstellung von Chicago einberufene Versammlung von Reichstagsabgeordneten, Generalsekretären verschiedener industrieller Unternehmungen und Vertretern dreier kaufmännischen Vereinigungen erörterte heute Mittag die auf die Ausstellung bezüglichen Transport- und Feuerversicherungsfragen, die Ausarbeitung des Ausstellungskatalogs, sowie publicistische Fragen. Zur Unterstützung des Reichskommissars wurden drei Ausschüsse gewählt.

— Die „Kreuzzeitung" meldet, daß die Begleiter des Major von Wißmann, Dr. Bumiller und v. Gitz, welche sich noch in Sachen des Wißmann'schen Dampferunternehmens in Berlin aufhalten, schon nächste Woche nach Aegypten abreisen werden, um sich Wißmann zur weiteren Fahrt anzuschließen.

— Bei der hiesigen Reichsbank sind beim Lombardverkehr Unregelmäßigkeiten vorgekommen, die man bis jetzt aus grober Nachlässigkeit erklären zu können meinte. Dieselben sind aber, wie jetzt feststeht, auf schweren Betrug zurückzuführen. Ein Kalculator ist verhaftet worden.

Elbing, 26. April. Der frühere Landesdirektor Elcho wurde in der abermaligen Verhandlung wegen Anstiftung zur Untreue in sechs Fällen zu 2 Jahren Gefängniß unter Anrechnung von 8 Monaten Untersuchungshaft verurtheilt. Das erste Urtheil hatte auf ein Jahr gelautet.

Darmstadt, 26. April. Königin Viktoria von England, Prinz und Prinzessin Heinrich von Battenberg sind um 9 Uhr heute Morgen hier angekommen und wurden am Bahnhof vom Großherzog und den Prinzen und Prinzessinnen des Hauses empfangen. Nachdem die familiäre Begrüßung im Salonwagen stattgefunden, bestieg die Königin mit dem Großherzog und der Prinzessin Ludwig von Battenberg einen vierspännigen offenen Wagen, um nach dem neuen Palais zu fahren. Die übrigen Herrschaften folgten.

Stuttgart, 26. April. Wegen eines Artikels über Soldatenmißhandlungen wurde Strafklage gegen den hiesigen demokratischen „Beobachter" erhoben.

Ausland.

Wien, 26. April. Es verlautet, die Jungczechen beabsichtigen im Abgeordnetenhause wegen der Verordnung über die Errichtung des Bezirksgerichts in Werkelsdorf die Versetzung des Justizministers in den Anklagezustand zu beantragen.

Paris, 26. April. Die Wirkungen des neuesten Attentates sind, wie die „Straßb. Post" ausführt, ganz ähnlich wie bei dem Vorfall in Clichy. Die Bombe wurde zweifelsohne in dem zum Hotel Garni führenden, mit dem Schankraum parallelen Korridor niedergelegt. Sie warf zunächst die schwache Wand nieder, und vernichtete alles in der Gaststube, während der Kellner L'Herot dem Tode nur dadurch entging, daß er sich im Hinterraum aufhielt. Die Verletzten mußten mit großer Mühe aus den Trümmern hervorgezogen werden. Die Körper waren wie mit fertigem Ruß überdeckt. Aus den Vernehmungen zahlreicher in und vor dem Hause befindlicher Personen ergibt sich nicht der geringste sichere Anhalt zur Entdeckung der Thäter, zumal die Angaben sehr unbestimmt und dabei noch einander widersprechend sind. L'Herot erhielt noch gestern neben vielen anderen Drohbriefen folgende Ankündigung: „Morgen wird Ravachol gerächt. Erfahren Sie, daß Sie vor dem Ausspruch der Richter von unserer Rache erreicht sein werden!" Die Entrüstung der Bevölkerung ist groß und allgemein. Sie wendet sich nicht nur gegen die Anarchisten, sondern auch gegen die Polizei. Selbst die radikalen Blätter erklären, daß die Anarchisten sich durch solche Unthaten außerhalb des Gesetzes stellen und daß sie nicht mehr mit gleichem Maße wie andere Bürger gemessen werden können. Von allen Seiten ertönt der Ruf nach unbarmherziger Verfolgung und Bestrafung der Thäter. Die „Justice" bezeichnet das gestrige Ereigniß als öffentliches Unheil, für das sie, mit anderen Blättern übereinstimmend, zum Theil auch die Polizei verantwortlich macht. Unter allen Häusern von Paris hätte geradezu das Restaurant Very am schärfsten bewacht werden müssen, da doch bekannt war, daß die Erbitterung der Anarchisten sich gerade gegen den Kellner L'Herot und den Wirth Very richtete. Die Polizei habe eine große Leichtfertigkeit oder völlige Unfähigkeit bewiesen, gleichzeitig eine empörende Undankbarkeit gegen die Entdecker Ravachols, die unter allen Umständen vor der Rache der Anarchisten hätten geschützt werden müssen, sowohl wegen ihrer verdienstlichen Haltung, als auch um nicht andere Bürger abzuschrecken, sich an der Bekämpfung der Anarchisten persönlich zu betheiligen.

Very's Befinden ist so günstig, als es bei seinem Zustande erwartet werden kann, seine Frau ist indessen dem Wahnsinn nahe. Auf dem Boulevard Magenta drängt sich fortwährend eine große Menschenmenge, doch ist die Annäherung an das Restaurant Very nicht gestattet. Der Justizminister erschien heute Morgen persönlich im Restaurant Very, um den Schauplatz der neuesten Unthat zu besichtigen.

Die heutigen Morgenblätter melden: Gestern Abend fand in der Rue Enghien in einem ausschließlich von Kaufleuten bewohnten Hause das Dienstmädchen eine Blechbüchse mit brennender Lunte auf. Das Mädchen trat die Lunte aus; die Blechbüchse wurde der Polizei übergeben. Ravachol soll gewußt haben, die Anarchisten würden am Vorabend seines Prozesses ein Attentat ausführen.

Die Verhandlungen im Prozeß Ravachol haben heute begonnen. Ganz ungewöhnlich strenge Maßregeln sind getroffen, um die Ruhe und Sicherheit des Prozeßganges zu gewährleisten. Niemand erlangt ohne gründliche Legitimation Zutritt. Die Thore zum großen Hofe sind geschlossen. Der Hof selbst ist von der Municipalgarde besetzt. In den äußern Gängen des Gebäudes machen fortwährend Patrouillen die Runde. Vor dem Justizpalaste ist die Straße menschenleer. Fast keine Seele ist dort zu sehen. Auch im Saale sind nur wenig Zuhörer. Nach Verlesung der Anklageschrift beginnt der Präsident das Verhör des Angeklagten. Ravachol antwortet in trockenem, aber festem Tone und gesteht alle auf die Anschläge am Boulevard Saint-Germain und in der Rue de Clichy bezüglichen Punkte der Anklage ein, fügt jedoch hinzu, er habe sich nicht am Raubthaten betheiligt. Ueber den Dynamitdiebstahl verweigert Ravachol jede Auskunft. In seinen Ausführungen versucht Ravachol, wie auch schon früher, sich zum Apostel und Märtyrer der Unterdrückung aufzuwerfen. Alsdann tritt eine Pause ein. Die Menge am Justizpalast ist inzwischen beträchtlich gewachsen. Zwei Anarchisten, ein Mann und eine Frau, wurden festgenommen. Am Schlusse des Verhörs sprach Ravachol über die anarchistischen Theorien und sagt, er habe durch die Attentate nur die Aufmerksamkeit auf die Lage der Anarchisten lenken wollen. Das Verhör der anderen Angeklagten ergab keine neuen Thatsachen. Simon zeigte sich noch cynischer als Ravachol; er gab zu, bei dem Attentat am Boulevard Saint-Germain aufgepaßt zu haben. Chaumatin beschuldigte Ravachol der Urheberschaft des Dynamitdiebstahls in Soisy sous Etiolles. Er behauptete, Ravachol habe eine Dynamitpatrone im Korridor des Justizpalastes niederlegen wollen. Der Gerichtshof begann sodann das Zeugenverhör.

Nach Meldungen aus Kotonu sollen sowohl in der Nähe von Porto-Novo, sowie bei Kotonu und Zeko Schaaren von Dahomeyern gesehen worden sein. Es wird daraus geschlossen, daß ein Angriff bevorstehe.

St. Etienne, 26. April. In dem Wasserabfluß hierselbst wurden mehrere Kartouschen gefunden. Die Stadt ist lebhaft beunruhigt.

Brüssel, 26. April. Im Hinblick auf etwaige Kundgebungen am 1. Mai wurden die Miliztkassen 1887 und 1888 für die Infanterieregimenter und Klasse 1888 für die Grenadier- und Karabiner-Regimenter einberufen.

Die Kammer begann ihre Tagung mit der Berathung der Verfassungsrevision. Der Ministerpräsident entwickelte in längerer Rede die Vorgeschichte der Frage. Redner erklärte, die vorgeschlagenen Systeme der Revision ablehnen zu müssen, und sprach sich für das englische System aus, welches das Wahlrecht von der Innehabung eines Wohngebäudes oder eines Theils eines Wohnhauses abhängig mache. Der Minister bekämpfte lebhaft die Ideen der Revolutionäre, für welche das allgemeine Stimmrecht die Mittel zur Erfüllung ihres krankhaften Programmes liefern solle.

London, 26. April. Der Ausstand der bei den Schiffswerften am Tyne beschäftigten Arbeiter und Angestellten ist beendigt. Die Arbeiter nahmen die Bedingungen der Arbeitgeber an. Der Ausstand hat 13 Wochen gedauert und der durch denselben verursachte Schaden wird auf eine halbe Million Pfund geschätzt.

In der Konferenz zwischen dem Vorstande des Vereins der Kohlengruben-Arbeiter in Durham und den Grubenbesitzern stellen letztere die Forderung, daß in Folge der großen Verluste seitens der Zechen nunmehr alle Arbeiter ohne Unterschied in eine sofortige Lohnverminderung von 10 Procent und die Beibehaltung dieses Lohnkaues bis zum 31. Juli einwilligen sollen. Zur Verhütung fernerer Arbeitsunterbrechungen wird die Einsetzung eines Lohnkomitees vorgeschlagen, welches zur Hälfte aus Arbeitern und zur anderen Hälfte aus Vertretern der Zechen bestehen soll. Keine Partei darf sich von diesem Komitee vor Ende 1893 zurückziehen. Falls das Komitee keine Einigung über die Lohnfrage erzielt, soll es selbst einen Schiedsrichter ernennen oder das Handelsamt um die Ernennung eines solchen ersuchen. Demselben soll Einblick in die Geschäftsbücher gewährt und ihm die Veröffentlichung der durchschnittlichen Kohlenpreise insgesammt, aber nicht von einzelnen Zechen, während irgend eines Zeitraumes anheimgestellt werden.

Petersburg, 26. April. Es wird, wie verlautet, eifrig an einem Einkommensteuerprojekt gearbeitet, welches schon 1893 durchgeführt werden soll, um das Gleichgewicht des Staatshaushalts allmälig herzustellen.

Eine Zollunion mit Buchara steht bevor, wodurch der russische Zolltarif auch für Buchara Giltigkeit erlangen wird.

Nach dem Gutachten des Zacharjins ist die Gesundheit des Finanzministers soweit gekräftigt, daß auf den 25. Mai die Rückkehr nach Petersburg und die Uebernahme der Geschäfte festgesetzt ist. Später werde der Minister auf seinem Gute Lochino in der Nähe Petersburgs die Landfrische genießen.

Die Entzündungs-Erscheinungen bei Herrn v. Giers nehmen langsam ab und die Kräfte nehmen zu.

Rom, 26. April. Der Schatzminister Luzatti hat das Abkommen mit einem venetianischen Konsortium unterzeichnet, welches sechs Millionen für Ueberlassung des Zündhölzermonopols angeboten hat.

Zum 1. Mai werden alle Aufzüge und Versammlungen verboten. Eine Kundmachung der Polizeidirektion erscheint morgen. In Como wurden fünf, in Genua dreißig, in Brescia vier Anarchisten verhaftet.

In Brescia wurde gestern Abend in der Nähe von Domes eine Dynamitbombe gefunden, deren Lunte erloschen war. Bisher wurden in Folge dieser Entdeckung neun Verhaftungen vorgenommen.

Madrid, 26. April. Die in Granada tagende Socialisten-Versammlung rieth friedliche Mittel zur Demonstration am 1. Mai an. — Zahlreiche verdächtige Fremde wurden aus Cadiz ausgewiesen.

Sofia, 26. April. Ferdinand von Bulgarien ist mit dem Orientexpreßzug nach Italien abgereist.

Konstantinopel, 26. April. Die türkische Regierung erfuhr, daß gewisse Armenier-Komitee's die Absicht hatten, Dynamit-Bomben herzustellen, um einige öffentliche Gebäude in Konstantinopel in die Luft zu sprengen. Da diese Anschläge von Rustschuk ausgehen sollten, wendete sich die Pforte an die bulgarische Regierung, deren zuvorkommende und eingehende Nachforschungen die Entdeckung des Materials und die Verhaftung der Betheiligten herbeiführten. Die Photographien derselben sind der Pforte eingesendet worden, welche von dem Eifer der bulgarischen Regierung sehr befriedigt ist.

Die Note, welche Italien anläßlich der Uebergabe des Firmans für den Khedive an die Pforte gerichtet hat, erklärt, daß Italien den status quo in Massauah durch die Fassung des Firmans weder berührt noch geändert betrachte. In der Note, mit welcher die Pforte demnächst die Erklärung Italiens beantworten will, soll die Pforte auf Grund diplomatischer Korrespondenzen die Oberhoheitsrechte des Sultans auf Massauah und die von Italien besetzten Gebiete reklamiren. Es ist noch unentschieden, ob diese Antwortnote der italienischen Botschaft hier oder durch die türkische Botschaft in Rom der italienischen Regierung überreicht werden wird.

Sansibar, 26. April. Aus Uganda wird berichtet: Die Protestanten empfingen eine große Menge Suhergewehre und griffen die Katholiken an. Sie wurden jedoch zurückgeworfen und zogen sich in eine Verschanzung zurück. Kapitän Lugard kam mit Maximgeschützen den Protestanten zu Hilfe und zersprengte die Katholiken nach erbittertem Kampfe. Diese erlitten viele Verluste. Asche und Winton sind geblieben. Bischof Hirth flüchtete. Er behauptet, viele Katholiken seien als Sklaven verkauft worden. Katholiken und Mohammedaner belagern die Verschanzung Lugard's. Der Widerstand desselben hängt von seinem Munitionsvorrath ab.

Calcutta, 26. April. Zwischen England und China ist ein Abkommen bezüglich des Hunza-Gebiets, das seit 100 Jahren China tributär war, getroffen worden.

Baden.

Karlsruhe, 26. April. Heute Nachmittag gegen vier Uhr traf Ihre Königliche Hoheit die Landgräfin Anna von Hessen mit Höchstihrer Tochter, der verwitweten Erbprinzessin von Anhalt, zum Besuch bei den Großherzoglichen Herrschaften ein. Die Landgräfin kehrte Abends 7 Uhr nach Frankfurt zurück, während Ihre Hoheit die Erbprinzessin Elisabeth sich zu Höchstihren Schwiegereltern nach Baden-Baden begab.

Seine Königliche Hoheit der Erbgroßherzog wird morgen früh von Berlin nach Schwerin reisen, um Höchstseine Eltern bei der Trauerfeier für Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin Alexandrine zu vertreten. Höchstderselbe beabsichtigt am Abend Schwerin zu verlassen, über Hamburg hierher zu reisen und am 28. Nachmittags hier einzutreffen.

Karlsruhe, 26. April. Die Veranstaltung öffentlicher Aufzüge und Festlichkeiten zur Feier des 1. Mai ist für das ganze Großherzogthum Baden verboten worden.

Karlsruhe, 27. April. In dem bekannten von der „Post" gebrachten und von der „Bad. Landesztg." wiederholten Angriffe auf die Ballestrem'sche Rede, dessen thatsächliche Unrichtigkeit bereits nachgewiesen ist, geht der „Germania" noch folgende Zuschrift zu: „Der Oberst-Schenk Fürst von Hatzfeldt-Trachenberg und der Oberst-Truchseß Fürst von Rudolin sind keineswegs Inhaber von „Hofämtern", sondern sie gehören zu den „obersten Hofchargen." Diese letzteren haben keinen regelmäßigen Dienst bei Hofe; bei großen ceremoniellen Aufzügen schreiten sie dem Kaiser vor, und bei großen Prunktafeln walten sie ihres Amtes, als Schenk und Truchseß bei der Person Seiner Majestät. Sonst gehen sie nur an den Hof, wenn sie wie andere hoffähige Personen eingeladen werden, was allerdings, wenn sie in Berlin sind, wohl zu jeder größern Hoffestlichkeit ge-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

sicht; sie bilden aber keineswegs die regelmäßige nächste Umgebung des Kaisers. — In dieser nächsten Umgebung beider Majestäten ist kein Katholik; ebenso sind die Chefs des Civil-, Militär- und Marine-Kabinets, der Kabinetssekretär der Kaiserin und die Leibärzte, welche man auch noch zur nächsten Umgebung der Majestäten rechnen könnte, alle Protestanten."

▲ **Mannheim**, 26. April. Das hiesige Centrumsorgan „Neues Mannheimer Volksblatt" ist seit einigen Tagen in andere Hände übergegangen; es erscheint im Druck und Verlag der Herren Gremm und Lorenz und wird redigirt von Herrn Paul Feigel. Selbstverständlich wird es wie bisher die Sache der katholischen Kirche und die Rechte des Volkes nach den Grundsätzen des Centrums vertreten. So weit aus den wenigen Nummern auf die neue Leitung geschlossen werden kann, muß man sagen, daß sie alles aufbietet und auch fähig ist, das Blatt auf die entsprechende Höhe zu bringen; mögen es die hiesigen Katholiken nur nach Kräften unterstützen.

Mannheim, 26. April. Das hiesige Bezirksamt verbot das von den Socialdemokraten zur Maifeier geplante große Volksfest im Freien.

Baden-Baden, 25. April. Am 2. oder 3. Mai trifft die Königin-Regentin mit ihrer Tochter, der Königin der Niederlande, auf dem Luftkurort zum „Sand" ein. Die hohen Herrschaften werden bis Station Bühl bei Baden-Baden den Sonderzug benützen und von dort zu Wagen durch das Bühlerthal nach dem Sand fahren, wo der Neubau des Gastwirthes Maier zum Empfang der Gäste auf das Sorgfältigste hergerichtet ist.

Badischer Landtag.

ch Karlsruhe, 26. April.

64. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. (Schluß.)

Minister Nokk nimmt die Kliniken nochmals in Schutz und betont die großen Wohlthaten, die in den Kliniken gerade den ärmeren Leuten erwiesen werden. Bezüglich der Angelegenheit des Freiburger akademischen Krankenhauses wolle er zunächst den Oberbürgermeister Winterer in Schutz nehmen, der keine Vortheile für die Stadt herausschlagen wolle, und der Ansicht sei, dem Staat träfen keine großen Kosten. Die Gehaltsverhältnisse der Professoren könnten nicht geändert werden, wenn wir mit anderen Ländern konkurriren wollten. Die Verwendung von Stiftungsüberschüssen zu Universitätszwecken halte er für vollständig gerechtfertigt, ähnlich halte es auch die Kirche mit ihren Fonds. Was die Kollegiengelder betreffe, so finde eine sehr weitgehende Befreiung statt, und wenn in einem einzelnen Fall einmal ungerecht entschieden werde, so stehe ja der Beschwerdeweg offen. Was die Universitätskirche in Freiburg anlange, so seien von der theologischen Fakultät schon zweimal Beschwerden vorgebracht worden. Die Kirche stehe der Fakultät zur Verfügung, und nur der Umstand, daß die Kirche auch den Altkatholiken und Protestanten zur Benützung überlassen sei, mache es den Katholiken unmöglich, die Kirche ebenfalls zu benützen. Er wolle darüber nicht weiter reden, sondern nur betonen, daß die Regierung Alles thun werde, um die drei Hochschulen auf ihrem jetzigen hohen Stand zu erhalten.

Abg. Rüdt vertheidigt sich gegenüber dem Vorwurf Fieser's, als habe er den Rechtsstandpunkt verlassen. Im Uebrigen sei er zufrieden, wenn er mit seinen Ausführungen, namentlich in Heidelberg, etwas die Luft gereinigt habe.

Abg. Strübe nimmt die Professoren an den Universitäten nochmals in Schutz und fragt an, ob den außerordentlichen Professoren, welche Fächer lesen, die sonst nicht gelesen werden, aber gelesen werden sollten, eine angemessene Vergütung gewährt werden könne.

Abg. Wilckens: Ihm sind keine Fälle bekannt, wie sie vom Abg. Rüdt vorgetragen worden sind und kann solche auch den Heidelberger Herren nicht zutrauen. Ueberhaupt dürfe man bei solchen Fällen nicht generalisiren; auch der Abg. Wacker hätte etwas vorsichtiger hierin sein müssen. Was die außerordentlichen Professoren betreffe, so gehe die bezügliche Petition etwas zu weit, allen diesen Lehrern könnten Gehalte nicht bezahlt werden, dagegen wären für Vorlesungen, die sonst nicht gelesen werden, größere Honorirungen zu bezahlen.

Minister Nokk weist darauf hin, daß gar manche Professoren die Universitäten reichlich beschenkten. Was die außerordentlichen Professoren anlange, so sei es nicht möglich, jeden Einzelnen zu honoriren, sondern nur diejenigen, welche ein wichtiges Fach vertreten.

Abg. Lauck will etwas Neues vorbringen. Es sei von den Eltern studirender Söhne freudig begrüßt worden, als vom preußischen Kultusministerium eine Vorschrift bezüglich der Dauer der Universitätsferien erlassen worden sei. Man habe auch in Baden eine solche Vorschrift erwartet, sie sei aber nicht öffentlich erschienen. Weiter habe er sich aber auch davon überzeugt, daß die erwähnte Vorschrift nicht beachtet werde. Thatsächlich hätten unsere Studenten 6 Monate Ferien, also nur noch ein Semester Unterricht. Die Folge davon sei, daß die Studenten nicht mehr so viel studiren, keine Kollegienhefte mehr hätten, sondern alles in theuren Büchern studiren müßten, was den Eltern viel Geld koste. Das sei früher anders gewesen, da habe man in den Vorlesungen ganze Bände geschrieben, worin man sich für das Examen hinreichend vorbereiten konnte. Die Regierung solle strenge darauf achten, daß die Vorlesungen ordnungsgemäß beginnen und endigen, sie nehmen es ja auch mit dem Urlaub der Beamten, Richter rc. sehr genau.

Abg. Fieser vertheidigt nochmals die Universitätskliniken gegen die Vorwürfe des Abg. Rüdt. Die Beschwerde des Abg. Lauck sei begründet und in der richtigen Weise vorgetragen. Redner bedauert mit dem Abg. Wacker, daß die reichen Patienten in Privatpensionen untergebracht werden und nur die ärmeren in den Staatskliniken, das bedeute einen Ausfall für unsere Staatskasse und es sei sehr berechtigt, darauf hinzuweisen. Auf der anderen Seite dürfe aber auch nicht außer Acht gelassen werden, daß neben einigem Materialismus, der überall vorhanden sei, auch der Idealismus und die Wissenschaft zahlreiche Vertreter finden.

Abg. Gerber kommt ebenfalls auf das Stiftungsgesetz zu sprechen. Der Hinweis des Ministers auf den Forbacher Heiligenfond sei nicht zutreffend, denn dort sei die stiftungsgemäße Verwendung eben unmöglich. Bei den Stipendien sei dies anders; letztere könne man ja auch entsprechend unseren jetzigen Lebensverhältnissen erhöhen. Die Vorrechte der Professoren seien ein mittelalterlicher Zopf, der beseitigt gehört, die Professoren seien Staatsbeamte und sollen als solche behandelt werden. Die Universitätskirche in Freiburg sei katholisch gegründet und bestimmt und darauf sollten die Universitätsprofessoren Rücksicht nehmen. Redner kommt sodann auf die Scheidemauer in der Heidelberger Heiliggeistkirche zu sprechen und auf die Verurtheilung der Regierung durch das Oberlandesgericht. Es sei traurig, wenn eine Regierung und ein Ministerium der Justiz so der Gerechtigkeit entgegen handeln, daß sie von ihren Untergebenen verurtheilt werden müssen.

Minister Nokk hält die bisherige Verwendung der Stipendienüberschüsse für angemessen, berechtigt und der Stiftung nicht widersprechend, und versucht sich dann in Sachen der Heidelberger Heiliggeistkirche zu vertheidigen, allerdings mit wenig Erfolg. Es habe Niemand vor dem Prozeß verlangt, daß die Mauer wieder erbaut werden solle, weshalb die Regierung geglaubt habe, auch nicht dazu verpflichtet zu sein. Sie könne auch einmal in rechtlichen Dingen verschiedener Meinung sein und stehe deshalb auch unter den Gerichten.

Abg. Heimburger kommt auf das Doktorexamen zu sprechen und bedauert, daß sich der Herr Minister in dieser Sache so wenig entgegenkommend gezeigt habe. Bezüglich der Universitätsferien stimme er dem Abg. Lauck bei und wünsche nur noch, daß Anfang und Schluß so zu legen sei, daß sie mit dem Anfang der Monate zusammenfallen, im Interesse der Sparsamkeit bezügl. der Wohnungsmiethen.

Abg. Wacker erwidert auf die Ausführungen verschiedener Vorredner und macht insbesondere der Regierung den Vorwurf, daß sie sich von einer Unterbehörde zur Einlösung einer Verpflichtung zwingen lassen mußte. Die Universitätskirche in Freiburg sei für römischen Kultus erbaut worden und darauf müsse die Universität Rücksicht nehmen. In Sachen der Heiliggeistkirche in Heidelberg habe die Regierung das bestimmte Versprechen gegeben, sie wieder aufzubauen und das hätte sie halten müssen. Ihr Verhalten sei ein schlimmes Beispiel für das Volk, wie man pflichtgemäße Versprechen zu halten habe.

Nach einigen unwesentlichen Bemerkungen des Abg. Blum und einer kurzen Erwiderung der Abgg. Wilckens und Gerber, der nochmals auf das sehr tadelnswerthe Verhalten der Regierung in der Heidelberger Angelegenheit und die rechtlichen Ansprüche bezüglich der Freiburger Universitätskirche hinweist, sowie nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. Rüdt, Wacker und Wilckens und einem Schlußwort des Berichterstatters Fieser wird die Sitzung auf zehn Minuten unterbrochen, während deren die Budgetkommission über den Eingangs erwähnten Gesetzentwurf berathet.

Nach Wiederzusammentritt beantragt der Vorsitzende abgekürzte Berathung, worauf der Entwurf debattelos einstimmig genehmigt wird.

Schluß der Sitzung 1½ Uhr.

ch Karlsruhe, 27. April.

65. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

Erster Vicepräsident v. Buol eröffnet die Sitzung 9¼ Uhr.

Am Ministertisch: Minister Nokk und Regierungskommissäre.

Das Haus zeigt Lücken, Tribünen gut besetzt.

Der Präsident theilt die in der Ersten Kammer in den letzten Tagen genehmigten Gesetzesvorlagen mit, weiter eine Zuschrift des Herrn Dekan Benz hier, worin die Kammer benachrichtigt wird, daß am nächsten Sonntag, Vormittags 10 Uhr, in der katholischen Stadtpfarrkirche ein Jubiläumsgottesdienst stattfindet.

Tagesordnung wie gestern.

Das Haus tritt in die Specialdiskussion ein.

Abg. Wittmer weist darauf hin, daß der ordentliche Etat der Universität Heidelberg auch in diesem Budget um 26,000 M. gestiegen sei, in den letzten Budgetperioden um 54,000 M. Der Etat der Universität Freiburg sei in der gleichen Zeit um mehr als 100,000 M. gestiegen, ähnlich verhalte es sich mit der hiesigen technischen Hochschule. Zusammen sei der ordentliche Etat der 3 Hochschulen in dieser Zeit um 266,000 M. gestiegen. Das errege Bedenken und er bitte deshalb die Regierung dafür zu sorgen, daß das weitere Anwachsen der ordentlichen Ausgaben verhindert werde.

Darauf wird der Aufwand für die Heidelberger Universität für die kommende Budgetperiode mit 732,830 Mark genehmigt.

Abg. Hug: Der Kommissionsbericht enthalte sehr schätzbare Mittheilungen über das Vermögen der Universität Freiburg. Dasselbe betrage etwa 3 Mill., darunter 1¾ Mill. nicht rentirendes und 1¼ Mill. rentirendes Vermögen. Das nicht rentirende Vermögen bestehe in Gebäulichkeiten, die den Universitätszwecken dienen, das rentirende Vermögen in Grundstücken (Hofgüter und Parzellen) und in Kapitalien im Betrage von 25,000 Mk. An der Verwaltung des Universitätsvermögens sei der Staat lebhaft interessirt; denn wenn das Vermögen allmälig aufgezehrt werde, mindern sich die Revenüen des Stiftungsvermögens, und je geringer die Stiftungserträgnisse seien, desto größere Zuschüsse müßten — zumal bei den stets wachsenden Bedürfnissen — aus der Staatskasse geleistet werden. Die Oberrechnungskammer habe die Verwendung der Aktivkapitalien der Universitätsstiftung zu Bauzwecken beanstandet und sei von der Budgetkommission und Kammer der Grundsatz aufgestellt worden, daß zu derartigen Verwendungen die ständische Zustimmung eingeholt werde. Dieser Grundsatz sei in dem Stiftungsgesetz nicht vorgesehen, es werde daher nöthig fallen, daß wenn er zur Durchführung gebracht werden soll, er in die für die Verwaltung des Universitätsvermögens maßgebenden Vollzugsvorschriften aufgenommen werde. Wenn der Grundsatz nicht strenge beachtet werde, stehe zu befürchten, daß die Grundstücke der Universitätsstiftung veräußert und die Erlöse zu Bauten verwendet werden. Mit der bereits erfolgten Verwendung von Aktivkapitalien der Universitätsstiftung zu Bauten könnte sich Redner unter der Bedingung einverstanden erklären, daß ähnlich wie bei der Verwaltung kirchlicher Zehntbaulastenfonds ein Neubaufond gegründet werde. Dieser Fond würde mit der Zeit in dem Maaße anwachsen, als die Gebäude abgenutzt und baufällig werden, — es würde somit das Stiftungsvermögen ungeschmälert erhalten und damit dem Artikel 9 des Stiftungsgesetzes Rechnung getragen.

Kultusminister Nokk ist bereit, den Vorschlag des Herrn Vorredners bezüglich der Universität Freiburg ernstlich in Erwägung zu ziehen. Da der Staat die Gebäude für seine Zwecke verwende, habe er sich für verpflichtet gehalten, auch dieselben zu erhalten. Die aus Staatsmitteln errichteten Gebäude seien natürlich auch Staatseigenthum. Das Anwachsen der Baufonde durch Zinsen und Zinseszinsen gehe allerdings etwas langsam vor sich, während die Anforderungen für die Universitäten rasch wachsen. Der Vorschlag sei jedoch sehr erwägenswerth.

Abg. Hug dankt dem Minister für sein freundliches Entgegenkommen und begründet nochmals kurz seinen Vorschlag.

Abg. Fieser bestätigt die Ausführungen Hug's. Hinsichtlich des Kollegiengebäudes in Freiburg kann er sich nicht für einen Neubau aussprechen, denn dieses zehre das vorhandene Stiftungsvermögen fast ganz auf, da Staatsmittel dafür nicht flüssig gemacht werden können und der alte Bau leicht und mit geringen Mitteln den gegenwärtigen Bedürfnissen entsprechend hergerichtet und umgebaut werden könne. Auch er sei der Ansicht, daß man das angegriffene Stiftungsvermögen nach Möglichkeit ergänze.

Abg. Rau glaubt nicht, daß der Abg. Fieser berechtigt war, im Namen der Kammer zu erklären, sie würde sich zur Erstellung eines Neubaues ablehnend verhalten. Die Frage sei überhaupt noch nicht angeregt worden.

Minister Nokk bemerkt, das Freiburger Kollegienhaus sei thatsächlich sehr verbesserungsbedürftig und nicht mehr ausreichend, doch sei die Baufrage offiziell noch nicht behandelt worden. Auch die Bibliothek habe nur unzureichende Räume; die Regierung habe auch schon an einen allmäligen, stückweisen Umbau gedacht, allein es hätten sich vielerlei Bedenken ergeben und so denke man allerdings auch an einen Neubau, verschließe sich natürlich auch nicht den großen Kosten. Zum Voraus brauche man dazu jedoch nicht Stellung zu nehmen; jedenfalls werde man mit größter Vorsicht vorgehen. Wenn einmal die Sache weiter gediehen sei, habe die Kammer ja immer noch Gelegenheit, Stellung dazu zu nehmen.

Abg. Friderich ist der Ansicht, wie jetzt in Heidelberg, könne auch das Freiburger Kollegienhaus umgebaut und restaurirt werden. Das werde einem tüchtigen Techniker zweifellos gelingen. Die Kammer habe den Universitäten gegenüber bisher ihre Pflicht voll und ganz erfüllt und werde dies auch in Zukunft thun.

Abg. Rau dankt dem Minister für seine Ausführungen und seine Stellungnahme zu dieser Sache. Die Stadtgemeinde Freiburg werde ihrerseits nicht zurückbleiben.

Die Anforderungen für Freiburg werden genehmigt, ebenso für die technische Hochschule.

Zum außerordentlichen Etat § 3 bemerkt

Abg. Hug, daß nach Einführung des Kirchensteuergesetzes, diese Position, welche den evangelischen Theologen Unterstützungen ausspreche, gestrichen werde, da dann jede Konfession selbst dafür eintreten könne. Sollte das Gesetz nicht zu Stande kommen, dann müsse die Regierung im Interesse der Parität auch eine Position für katholische Theologen einstellen.

Minister Nokk: Der Heidelberger Universität fehlten jede Mittel für solche Zwecke, deshalb habe sich die Regierung herbeigelassen, diese Unterstützung zu gewähren. Von einer Verletzung der Parität könne keine Rede sein, da die Regierung eben da unterstütze, wo ein Bedürfniß sich zeige. Mit dem Vorredner sei er einverstanden, daß vorliegende Ausgabe sich zur Deckung durch die allgemeine Kirchensteuer eigne.

Abg. Hug glaubt, daß auch bei den Katholiken ein Bedürfniß zur Unterstützung Theologie Studirender vorliege, und wünscht, daß — wenn der Posten im Budget bleibe, auch für den katholischen Theil ein Betrag vorgesehen werde.

Abg. Fieser ist mit den Grundsätzen Hug's vollständig einverstanden und glaubt, daß im nächsten Budget diese Position nicht mehr erscheinen wird.

Abg. Heimburger hält es nicht für nöthig, daß die „Neue Heidelberger Zeitschrift" staatlich unterstützt werde. Die Summe von 1000 M. würde besser für die Bibliothek verwendet. Er beantrage daher, diese Position zu streichen.

Ministerialrath Göller: Gerade auf diese Position lege die Regierung hohen Werth. Diese Zeitschrift sei für die Universität und insbesondere die Bibliothek geradezu ein Bedürfniß.

Abg. Wilckens bittet, den Antrag Heimburger und Genossen abzulehnen; für Freiburg sei eine ähnliche Position eingestellt und er bitte, beide zu genehmigen.

Abg. Fieser bittet ebenfalls um Genehmigung dieser Positionen. In Wirklichkeit machten wir ja mit diesem Tauschverkehr ein gutes Geschäft, denn andernfalls müßten wir für Anschaffung von Büchern noch viel höhere Summen ausgeben.

Darauf wird der Antrag Heimburger abgelehnt.

Der ordentliche Etat sämmtlicher Hochschulen beträgt pro Jahr 1,454,928 Mark.

Die Sitzung dauert fort.

Kleine badische Chronik.

Daxlanden, 26. April. Der hiesige katholische Arbeiterverein hält am Sonntag, 8. Mai, seine erste Jahresversammlung ab, da er bis dahin gerade ein Jahr besteht. Am nächsten Sonntag werden, wie man hört, die Karlsruher Socialdemokraten unserem Ort einen größeren Besuch abstatten und ihre Maifeier zum Theil hier veranstalten.

Heidelberg, 26. April. Die hiesige Universität bringt dem Großherzog, ihrem Rector magnificentissimus, ihre Huldigung zum 40jährigen Regierungsjubiläum auf einer Erztafel dar. Die Tafel ist aus der Müller'schen Erzgießerei in München hervorgegangen. Von reichem, erhabenen Blattwerk umrahmt und oben mit dem badischen Wappen, unten mit dem Siegel der Alma mater geschmückt, trägt sie den in lateinischer Sprache abgefaßten Glückwunsch der Ruperto Carola. Am Samstag, den 30. April, wird eine Abordnung unserer Hochschule, bestehend aus dem derzeitigen Prorektor, Professor Merx, und den Dekanen der fünf Fakultäten, von zwei Pedellen begleitet, sich nach Karlsruhe begeben und in feierlicher Audienz die Huldigungstafel überreichen. — Die akademische Feier des Jubiläums findet am 28. ds. in der Aula der Universität statt.

Bruchsal, 24. April. Unsere Leser werden sich noch erinnern an den vor etwa 3 Jahren an einem Obergefreiten von der Feldartillerie, Namens Fritschle, von Itlingen, Amts Eppingen, gebürtig, in der Nähe von Rohrbach, Amts Sinsheim, begangenen Raubmord. Die Untersuchung hat während der ganzen Zeit nichts ergeben, doch wußte der Mörder sich wohl zu verbergen. Nun taucht, wie der „Bruchsaler Bote" meldet, seit einigen Tagen das Gerücht auf, man sei dem Räuber auf der Spur, und zwar sei ein Dienst-Kamerad des Ermordeten der Verüber des schauderhaften Verbrechens. Derselbe habe über die Osterfeiertage in Eppingen bei Kaufleuten die Worte ausgestoßen, daß er schon einmal Einen erschossen hätte, es käme ihm nicht auf noch Einen an. Möge sich diese Nachricht bestätigen, damit endlich das immer noch schwer auf der ganzen Gegend um Eppingen lastende unheimliche, bange Gefühl von ihr genommen werde.

Rastatt, 22. April. Die That des Proviantamtsassistenten Hartung, der, wie bereits gemeldet, seine Frau erdrosselt hat, ist, der „N. Bad. Landesztg." zufolge, aus Eifersucht geschehen. Die Ermordete soll Beziehungen zu einem Lehramtspraktikanten, der in dem gleichen Hause wohnte, unterhalten haben. Die That erfolgte nach 2 Uhr Mittags, und gegen 4 Uhr stellte sich Hartung dem Gericht.

Von der Elz, 25. April. Der seit Freitag Abend vermißte und eifrig gesuchte Bürgermeister Schweinle von Köndringen wurde gestern Morgen ertrunken im Köndringer Mühlkanal aufgefunden. Der Bedauernswerthe soll an Melancholie gelitten haben. Schweinle war erst vor Kurzem zum Bürgermeister gewählt worden und sein neues Amt soll ihm viel zu schaffen gemacht haben.

Todtnau, 12. April. Das wiederholt aufgetauchte Projekt einer Eisenbahn auf den Feldberg scheint neuerdings eine bessere Wendung nehmen zu sollen. Während das interessirte Konsortium die Ausführung der Bahn bisher deshalb beanstandete, weil man nur mit einem kurzen Sommerverkehr rechnen zu müssen glaubte, so sind diese Bedenken nunmehr dadurch beseitigt, daß der Schneeschuhsport dem Feldberg in diesem Winter einen solchen ungeahnten Fremdenverkehr zuführte, daß die Interessenten einen bedeutend gesteigerten Jahresverkehr in Aussicht nehmen. Gegenwärtig weilen einige Herren in unserer Stadt, um dieses und ein weiteres Feldbergbahnprojekt zu studiren.

Lokales.

Karlsruhe, 27. April.

Hoher Besuch. Heute Mittwoch Abend 7 Uhr trifft seine Excellenz der Hochwürdigste Herr Erzbischof Dr. Johannes Christian Roos zur Jubiläumsfeier S. K. H. des Großherzogs hier ein und nimmt sein Absteigequartier bei Herrn Dekan und Stadtpfarrer Benz. Morgen, Donnerstag, wird Se. Excellenz voraussichtlich um 7 Uhr die hl. Messe lesen.

Cornelius-Concert. Im großen Museumssaale fand Montag Abend ein sogenanntes Cornelius-Concert zu wohlthätigem Zwecke statt. Den Abend eröffnete Herr Hofoperndirektor Mottl mit einleitenden Worten über den Dichter-Komponisten Peter Cornelius, dessen Schmerzenskind, seine Erstlingsoper, der Barbier von Bagdad, hier 1884 zum ersten Mal gegeben wurde und durchfiel. Mit Bitterkeit hob Herr Mottl hervor, daß man ihm damals kein Vertrauen geschenkt und nicht besser zugehört habe, ehe man ein Urtheil fällte; in München habe sie einen großen (?) Erfolg gehabt. Mit einer interessanten Schilderung des an Leiden und Mühsalen reichen Lebens Peter Cornelius, der 1824 geboren, 1874 in Mainz starb, seines Künstlerwaltens, seiner Freundschaft mit seinen Gönnern Richard Wagner und Franz Liszt u. A., endigte Herr Mottl den Vortrag, der keine Reklame für die bevorstehende Oper Cid sei, da dies Werk sich selbst empfehle. Er betrachte es als eine Sühne, daß man für den hier s. Zt. abgelehnten Barbier von Bagdad jetzt den Cid aufführe, zumal derselbe in Weimar und München mit Erfolg aufgeführt worden sei. Anschließend an die stark in die Tinte der Satyre getauchten Worte Herrn Mottl's kamen nun Lieder und Gedichte, sowie eine große Scene aus der bevorstehenden Oper zum Vortrage. Wir enthalten uns für heute jeder Kritik; was wir hörten, war zum Theil, besonders die Lieder und Gedichte, recht stimmungsvoll und oft von duftiger feiner Empfindung, ohne daß wir sie deshalb aber neben die Werke unserer namhafteren Komponisten reihen könnten. Wir schließen uns dem Wunsche des Herrn Direktors an, ohne jedoch seine optimistischen Hoffnungen ganz zu theilen, daß die Oper, der Cid, für welche eine glänzende scenische wie sonstige Ausstattung bereit ist, ihr Erfolg haben möchte und so die Scharte für den Barbier von Bagdad auswetze; jedenfalls liegt die Entscheidung in der Hand des kunstverständigen vorurtheilsfreien Publikums. Den Künstlern, den Damen Fräulein Mailhac, Frau Reuß, Fräulein Königstätter, sowie den Herren Plank und Wassermann gebührt für ihre Leistungen Anerkennung. Es war ein echter Cornelius-Abend, welcher nur Werke des Dichter-Komponisten brachte. Alles war Cornelius, sogar am Klavier saß neben Herrn Mottl Herr Cornelius (Nübner) und blätterte um! Der Besuch war ein außerordentlicher, und Saal und Gallerien waren dicht besetzt.

* **Mittheilungen der Handelskammer**. Im Verkehr mit überseeischen Ländern, in welchen das englische Idiom vorherrscht, ist es von der größten Wichtigkeit, sich nur solcher Kataloge, Preislisten u. s. w. zu bedienen, welche in englischer Sprache abgefaßt und mit Angaben in englischem Münz-, Maß- und Gewichtssystem versehen sind; die Käufer von Waaren in jenen Ländern sind meistentheils der deutschen Sprache nicht mächtig und deshalb nicht in der Lage, auf deutsche Preisverzeichnisse hin Bestellungen aufzugeben. — Um bei der Einfuhr in die Schweiz zu den Vertragstarifsätzen zugelassen zu werden, muß jede Sendung von Eiern, Südfrüchten und Roßhaar (gereinigt, gesponnen, zugerichtet) von einem seitens der Ortsbehörde des Erzeugungsortes in deutscher oder französischer Sprache ausgestellten und seitens einer schweizerischen Gesandtschaft oder eines schweizerischen Konsulats im Herkunftslande gehörig beglaubigten Ursprungszeugnisse begleitet sein. — Im Bureau der Handelskammer liegen zur Einsichtnahme auf: die Verordnung des belgischen Finanzministeriums vom 31. Januar l. J., die Gewerbesteuer der ausländischen Handlungsreisenden betr., in deutscher Uebersetzung; ein Bericht des Kaiserlichen Gouverneurs für Ostafrika über die daselbst verkäuflichen Waarengattungen; das Reglement und der Tarif des in Konstantinopel neu gegründeten Handelsmuseums.

(S) **Gartenbau-Ausstellung**. Von hervorragender Anziehungskraft für die zahlreichen Besucher der Gartenbau-Ausstellung ist der Gabentempel. Insbesondere sind es die künstlerisch ausgestatteten Ehrengaben der hohen Stifter, welche das allgemeine Interesse beanspruchen. Abgesehen von den zahlreichen Medaillen, Geldpreisen und kleineren Ehrengaben, welche dem Preisgericht in dankenswerthester Weise zur Verfügung gestellt wurden, seien hauptsächlich folgende Gegenstände erwähnt: Ehrenpreise Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: 1. ein silbervergoldeter Tafelaufsatz mit der Figur einer Flora, entworfen von Direktor H. Götz und ausgeführt von Hofjuwelier L. Paar dahier; 2. eine silberne Jardinière; 3. ein silberner Tafelaufsatz mit Schale; 4. eine reichausgestattete Kalenderuhr in Regulatorform. Ehrenpreise Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin: 1. ein silbervergoldeter Tafelaufsatz mit der Figur einer Flora (Direktor H. Götz und Hofjuwelier Paar); 2. eine Jardinière aus Silber; 3. eine Fayence-Vase mit Untersatz; 4. ein silbernes Theeservice. Ehrenpreis Seiner Königlichen Hoheit des Erbgroßherzogs: ein silberner Tafelaufsatz mit Schale. Seine Majestät der König von Sachsen hat eine reizende Vase aus Meißener Porzellan gesendet und Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Hessen einen silbernen Pokal, von einer Flora gekrönt. Der Statthalter von Elsaß-Lothringen, Seine Durchlaucht Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst hat eine silberne Jardinière gestiftet. Kunstgewerbliche Erzeugnisse sind außerdem als Ehrenpreise zugegangen vom Württembergischen Gartenbauverein, sowie von den Gartenbauvereinen Darmstadt und Heidelberg, während die übrigen Gaben in Bestecken, Servicen, Werkzeugkasten rc., und wie bereits erwähnt, in Medaillen, namhaften Geldbeträgen und Ehrendiplomen bestehen.

— **Der Ausschuß für die Landes-Gartenbau-Ausstellung** hat nach allgemeinem Urtheil in der Anordnung der Ausstellung ganz Vorzügliches geleistet. Schon die Verbindung der Ausstellungshalle bezw. des städtischen Sommertheaters einerseits mit dem Stadtgarten, andererseits durch einen gedeckten Gang mit der Festhalle, ist mit großem Geschick durchgeführt und zugleich die Abwechslung in der Pflanzengruppirung in glücklicher Weise den Raumverhältnissen angepaßt. In der Natur der Verhältnisse liegt es, daß die auswärtigen Aussteller überwiegen; aber auch Karlsruhe hat einige ganz prächtige Gruppen aufzuweisen. Die neueste weiße Azalee ist von dem Aussteller A. de Smet in Gent „Großherzogin Friedrich von Baden" benannt worden. Noch besonders überrascht sind die Besucher in dem Garderoberaum der Festhalle von der reichen Ausstellung der Beer- und Obstweine und dem Dufte einer prächtigen Obstausstellung, in welcher die Hofgärtnereien Ettlingen und Baden eine erste Stelle einnehmen. Nördlich von der die Ausstellung durchschneidenden Gartenstraße befindet sich die gesonderte Ausstellung der landwirthschaftlichen Geräthe und Maschinen. Hier nimmt die welt-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

hin bekannte Firma H. Lanz von Mannheim eine hervorragende Stelle ein, und die beigegebene Statistik ihrer Erfolge und ihrer Ausgaben an Löhnen, Steuern und Soziallasten ist ganz geeignet, reichen Stoff zum Nachdenken zu geben. Das Aufblühen dieser Firma ist ein mächtiges und systematisch vorbereitetes, sofern in stetigem Fortschreiten ein System liegt. Freilich steht auch der Landwirth heute dem maschinellen Fortschritt auf seinem Lebens- und Arbeitsgebiete ganz anders gegenüber, als vor Jahren. Eine Reihe von Verkaufsbuden innerhalb der Ausstellung gibt der letzteren noch einen kleinen Zug von bewegtem Jahrmarktsleben.

— **Jubiläumsspende.** Wie die „Karlsr. Ztg." mittheilt, ist dem Herrn Staatsminister Turban von hochachtbarer Seite anläßlich des 40jährigen Regierungsjubiläums Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs der Betrag von 2000 M. für die im Jahre 1878 gegründete Großherzog-Friedrich-Jubiläumsstiftung übermittelt worden.

— **Versammlungen.** Sonntag Vormittag fand in den „Vier Jahreszeiten" der VIII. Kongreß des Vereins deutscher Rosenfreunde statt. Die Verhandlungen bezogen sich auf Geschäftsberichte. Als nächster Versammlungsort wurde Lübeck gewählt. Die Anträge: Verdeutschung von Rosennamen, Vereinigung der deutschen, belgischen, holländischen, englischen und französischen Rosenvereinen in verschiedenen Punkten; Wahl einer Neuheiten-Prüfungskommission, Anschaffung einer Vereinsbibliothek für Rosenliteratur ꝛc. werden sämmtliche im Sinne der Referenten angenommen. — Am gleichen Tage fand im Café Nowack ein „Coniferen-Kongreß" statt. Nach der Begrüßung berichtet Herr Beißner von Bonn über Namensbestimmung neuerer Coniferen und schlägt zur einheitlichen Benennung Namen vor. Der Vorsitzende, Hofmarschall von St. Paul, legt einen Antrag vor zur Gründung einer „dendrologischen Gesellschaft". Nach Verlesen der Statuten werden die seitherigen Vorstandsmitglieder des Coniferen-Vereins auch als fungirende Vorstände des neuen Vereins gewählt und traten sofort sämmtliche Anwesende dem neuen Vereine bei. — Nachmittags 5 Uhr tagte auch im unteren Saale des Café Nowack der Verband deutscher Handelsgärtner. Die Versammlung kam aber nach zweistündigem Debattiren zu keinem definitiven Beschluß; die süddeutschen Handelsgärtner wollten einen Verband für sich, was von vielen Seiten angegriffen und vertheidigt wurde; vorläufig wird alles noch beim Alten bleiben.

○ **Strafkammer.** Tagesordnung der Strafkammer I. Donnerstag den 28. April, Vormittags 9 Uhr. 1. Heinrich Kienert von Durlach wegen § 176 Ziffer 3 R.-St.-G. 2. Ferdinand Gutmann von Gernsbach wegen Widerstands und Bestechung. 3. Oskar Renke von Oschatz wegen Urkundenfälschung und Betrugs. 4. Amalie Diebold von Hügelsheim wegen Diebstahls. 5. Johann Ruder von Hockenheim wegen Hausfriedensbruchs und Vergehens gegen § 192 R.-St.-G.-B. 6. Emil Gramberger von Ettlingen wegen Betrugs. 7. Friederike Erb von Hagsfeld wegen Uebertretung ortspolizeilicher Vorschriften. 8. Magdalena Schreiner von Pforzheim wegen Ruhestörung. 9. Adolf Wilhelm Hagen von Philippsburg wegen Beleidigung.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 27. April. Den Berliner „Politischen Nachrichten" geht von autoritativer Seite eine Darstellung über die Umgestaltung der Schloßfreiheit zu, wonach man behufs Niederlegung der Gebäude zwischen der Kurfürstenbrücke und Breitestraße die Idee einer Lotterie mit erwogen habe. Doch sei nicht ausgeschlossen, die Mittel auch auf andere Weise zu beschaffen. Ein bestimmter Entschluß sei noch nicht gefaßt. Bei Errichtung des Nationaldenkmals sei von einer Lotterie zur Bestreitung der Kosten niemals die Rede gewesen. Die Nation habe diese Denkmalsangelegenheit vertrauensvoll in die Hände des Kaisers gelegt. Der Kaiser habe für die Errichtung des Nationaldenkmals die Schloßfreiheit gewählt. Da jedoch nach Niederlegung von Gebäuden der Schloßfreiheit nur schmale Uferstreifen gewonnen werden, sei es freilich nothwendig, durch Erweiterung derselben freien Platz zu schaffen. Aus diesem Grunde müsse die Schinkel'sche Bauakademie fallen.

Schlitz, 27. April. Der Kaiser ist gestern über Fulda nach Schwerin gereist.

Paris, 27. April. Prozeß Ravachol. Madame Chaumentin zog. lt. „Frkft. Ztg.", weinend alle in der Untersuchung gegen Ravachol gemachten Aussagen zurück. Sie und ihr kleines Töchterchen flehten das Gericht an, ihnen den Vater zurückzugeben. Anarchist Leboucher, welcher bei der letzten Razzia verhaftet wurde, wurde als Zeuge von der Vertheidigung vorgeführt. Zeuge stellt Ravachol als einen vortrefflichen Menschen, als Wohlthäter der Elenden hin, der nie für sich Delikte beging, sondern um anderen zu helfen. Zeuge vertheidigt außerdem die Anarchie in formgewandter Rede. Um sechs Uhr gestern Abend begann der Generalprokurator sein glänzendes zweistündiges Plaidoyer. Er führte aus, die Anarchisten seien Verbrecher, welche sich hinter den Vorwand des Anarchismus verkriechen, um der Strafe zu entgehen. Sie seien die Poseurs des Verbrechens. Er verlangte die Todesstrafe gegen Ravachol, Schuldspruch gegen die Andern. Die Ermordung des Eremiten solle nicht in die Anklage einbezogen werden, damit die Geschworenen das Dynamit-Attentat allein als ein todeswürdiges Verbrechen hinstellen können. Er selbst habe die Anklage vertreten wollen, um zu zeigen, daß er die volle Verantwortung übernehme. Jetzt, wo er hier stehe, könne Niemand behaupten, die Beamten des Gerichts seien eingeschüchtert oder furchtsam. Auch die Jury solle jetzt Muth zeigen. Schwäche sei die größte Gefahr und die Vertreter des großen Paris, das 1870 einer ungeheuren Gefahr getrotzt, dürften nimmermehr sich von einer Hand voll Verbrecher Angst machen lassen. — Der Advokat Ravachols hielt ein phrasenhaftes, theatralisches Plaidoyer, das ohne Eindruck auf die Geschworenen blieb. Ravachol und Simon wurden zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurtheilt, die drei anderen freigesprochen.

Petersburg, 27. April. „Moskowskija Wjedomosti" bringen einen ausführlichen Artikel für Aufhebung der Ausfuhrverbote; die Verzögerung derselben bedeute eine schwere Schädigung der Landwirthe und Exporteure. Der baltische Hafer, der Mais Südrußlands ließen sich weiter nicht zurückhalten.

Aus verschiedenen Gegenden der Gouvernements Bessarabien, Cherson, Tambow, Ssaratow wird Auffrischung der Saaten durch niedergegangenen Regen gemeldet.

Rom, 27. April. Die Konferenz der Vereine vom Rothen Kreuz nahm zwei Anträge an: die Vereine sollen ihre Thätigkeit auf öffentliche Unglücksfälle ausdehnen und Spezialkomitee's bilden, welche in Kolonialkriegen und Kriegen zwischen Mächten, welche der Genfer Konvention nicht beigetreten, in Thätigkeit treten, vorausgesetzt, daß diese Mächte sich verpflichten, die Genfer Konvention zu beobachten.

Handel und Verkehr.

Karlsruhe, 26. April. (Schlacht- und Viehhof.) In der letzten Woche, vom 19. bis einschließlich 23. ds. Mts., wurden im hiesigen Schlachthof geschlachtet: 150 Stück Großvieh, und zwar: 39 Ochsen, 51 Kühe, 55 Rinder, 21 Farren, ferner: 465 Schweine, 348 Kälber, 45 Schafe, 94 Kitzlein, 1 Ziege und 7 Pferde. In den Viehhof wurden zum Markte eingebracht: 9 Stück Großvieh, 400 Schweine, 296 Kälber, 8 Schafe und 32 Kitzlein. Kaufpreis der Kälber 44—48 Pfg. das Pfund lebend Fleischgewicht, der Schweine 58—56 Pfg. das Pfund Schlachtgewicht und der Schafe 26—30 Mk. das Stück.

Mannheim, 25. April. (Börse, Effekten.) An heutiger Börse waren im Verkehr: Eichbaum Brauerei-Aktien à 101. Badische Rück- und Mitversicherungs-Aktien à 330. Beides blieb hierzu noch gesucht. Sonst notiren: Badische Anilin- und Sodafabrik-Aktien 265 G. Rheinische Kreditbank-Aktien 118 G.

Mannheim, 25. April. (Fettviehmarkt.) Es waren beigetrieben: 32 Stück Ochsen, 300 Rinder und Kühe, 7 Stück Farren, 69 Stück Kälber, 110 Stück Schweine, 28 Stück Milchkühe, 8 Stück Schafe. Die Preise stellten sich per 100 Kilo Schlachtgewicht: Ochsen 1. Qual. 140——, 2. Qual. 136—— Mk., Rinder und Kühe 1. Qual. 130——, 2. Qual. 120—— Mk., Farren 1. Qual. 110——, 2. Qual. 104—— Mk., Kälber 1. Qual. 150——, 2. Qual. 140 bis — Mk., Schweine 1. Qual. 120——, 2. Qual. 114—— Mk., Milchkühe 450—275 Mk., Durchschnittspreis 175 Mk. Schafe per Stück 30—— Mk. Zusammen 644 Stück. Tendenz: Geschäft langsam. Ausverkauft.

Mannheim, 26. April. (Viktualienmarkt.) Kartoffeln per Ctr. 4.——4.50 Mk., per Pfund 4—5 Pfg.; Eier per Hundert 6.——7.50 Mk., per Stück —— Pfg.; Butter per Pfund 1.05—1.20 Mk.; Aepfel per Ctr. 12.——15.— Mk., per Pfund —— Pfg.; Birnen per Ctr. 15.——20.— Mk., per Pfund —— Pfg.; Zwiebeln per Pfund 7—8 Pfg.; Sellerie per Kopf 8—12 Pfg.; Kirschen per Pfund — Pfg.; Gurken per Stück — Pfg.; Spargeln per Pfund — Pfg.; Bohnen per Pfund — Pfg.; Weißkraut per Kopf 12 bis 18 Pfg.; Rothkraut per Kopf 15—25 Pfg.

Mannheim, 25. April. (Strohmarkt.) Wiesenheu per Ctr. 2.50—3.— Mk., Kleeheu per Ctr. 3.——3.50 Mk., Kornstroh per Ctr. 2.50—3.— Mk., Gerstenstroh 1.80 bis 2.— Mk.

Mannheim, 25. April. (Fischmarkt.) Brasem per Pfund 40 Pfg., Hecht per Pfund 1.30 Mk., Barsch per Pfund 80 Pfg., Aal per Pfund 1.— Mk.

Offenburg, 26. April. (Frucht- und Marktpreise.) Weizen per 2 Ctr. 21.50 Mk., Halbweizen 20.25 Mk., Korn 18.75 Mk., Hafer 14.75 Mk., Gerste 18.25 Mk., Welschkorn —.— Mk.

Frankfurt, 26. April. Das neueste Pariser Dynamitattentat bildete an der heutigen Börse das Tagesgespräch und es ist auch begreiflich, daß die häufige Wiederkehr derartiger Ereignisse nachgerade ein Gefühl der Unruhe erzeugt. Die Börse war daraufhin verstimmt, wozu allerdings noch, laut „Fr. J.", die schwächere Tendenz des Wiener Platzes sowie die von dort gemeldete Besteuerung des Geldes kräftig mitgewirkt haben mögen. Der Verkehr unterlag vielfachen Schwankungen, doch blieben die Hauptspekulationswerthe meist gut behauptet und das Prolongationsgeschäft ist zum größten Theil bereits erledigt. Bankaktien setzten auf ermäßigtem Niveau ein, befestigten sich aber schließlich wieder etwas. Oesterr. Bahnen blieben ohne Anregung, Schweizerbahnen abgeschwächt. Ausländische Renten ruhig, Russen fest in Folge der Positionsverhältnisse. Montanwerthe waren anfangs gedrückt, konnten sich jedoch bis zum Schluß wieder befestigen, trotz der Manöver eines Berliner Spekulanten, der in seinen Cirkulardepeschen die Lage der Montanindustrie in den schwärzesten Farben malt. Nach Berliner Blätter-Meldungen beträgt die Ausbeute der Harpener Bergbau-Gesellschaft für den März dieses Jahres etwa 650,000 Mk. gegen 773,000 Mk. im März des Vorjahres und gegen 614,000 Mk. im Februar und 678,000 Mk. im Januar dieses Jahres. Unseres Erachtens ist in dem gegenwärtigen Kursniveau der Kohlenaktien die jetzige ungünstige Lage der Kohlenindustrie hinlänglich ausgedrückt. Von Industriepapieren waren Mond gedrückt.

Konkurs. Moriz Konradt, Metzger in Meckesheim, Amt Heidelberg, Eröffnungstermin 23. April, Anmeldefristablauf 19. Mai, 1. Gläubigerversammlung 27. Mai, Prüfungstermin 27. Mai.

Karlsruher Standesbuchs-Auszüge.

Eheaufgebote: 25. April. Richard Brand von Coburg, Theatermaler hier, mit Margaretha Keßler von Weinheim. — Jakob Marquardt von Weingarten, Magazinsarbeiter hier, mit Theresia Schmidt von Großmeier.

Eheschließungen: 26. April. Oskar Mainzer von Lautenthal, Oberkellner hier, mit Maria Hurrle von Gaggenau. — Eugen Lehmann von Metzingen, Goldarbeiter hier, mit Wilhelmine Grittmann von Neihen. — Andreas Bauer von Zaisenhausen, Friseur hier, mit Theresia Schönbein von Klepsau. — Wilhelm Behringer von Bobstadt, Sergeant hier, mit Marie Hoffmann von Reichenbach. — Karl Oser von Müllenbach, Gärtner hier, mit Agatha Einbach von Eppisburg. — Rudolf Birg von hier, Assistent hier, mit Luise Deimling von Amberg. — Josef Oswald von Münchweier, Metzger hier, mit Anna Kußmann von Untergrombach.

Geburten: 22. April. Friedrich Hermann Wilhelm, Vater Stefan Gartner, Wurstler. — 24. April. Friedrich Theodor Georg, Vater Friedrich Rauch, Fabrikarbeiter. — 25. April. Max Johann, Vater Joh. Schön, Zimmermann.

Todesfälle: 25. April. Augustin Laffon, Sprachlehrer, ein Ehemann, alt 66 Jahre. — 24. April. Theodor Barkau, Mechaniker, ledig, alt 22 Jahre. — 25. April. Balbina Koger, alt 43 Jahre, Ehefrau des Schmieds Georg Koger. — Georg, alt 3 Monate 24 Tage, Vater Georg Eutter, Reinlichkeitsgehilfe.

Auswärtige Todesfälle.

Freiburg: Amanda, geb. Lang, 60½ J., Ehefrau des Professors a. D. Heinrich Zinndorf.

Marienburger Loose

sind sämmtlich **vergriffen.**

Expedition des „Bad. Beobachters" in **Karlsruhe.**

Todes-Anzeige.

Nach Gottes unerforschlichem Rathschluß starb heute nach längerem Leiden, unerwartet, unsere liebe unvergeßliche Frau und Mutter

Wilhelmina Horix,

geb. Hartmann.

Freunde und Bekannte bittet um ein frommes Andenken für die theure Verstorbene.

Schwetzingen, 26. April 1892.

Der tieftrauernde Gatte:

August Horix.

Kundenmühle zu verpachten.

Die **Kochmühle bei Ettlingen,** neu eingerichtet, mit 6 Mahlgängen, Oelmühle, ca. 1 Morgen Wiesen und Feldern und guter Wasserkraft ist auf fünf Jahre sofort zu verpachten. Nur tüchtige und nachweisbar vermögliche Müller wollen sich bei **Engelbert Haule in Etzenrath** melden. 2.2

Heiraths-Gesuch.

Ein in besten Verhältnissen lebender **Gastwirth** (Wittwer), in der Nähe von Karlsruhe, wünscht sich mit einem soliden tüchtigen Mädchen oder Wittwe ohne Kinder wieder zu verehelichen. Etwas Vermögen erwünscht. Ernstgemeinte Anträge unter Nr. 91 sind an die Expedition ds. Bl. zu richten. 3.3

Gesuch.

Für mein gemischtes Waaren-Geschäft, sowie zur Stütze der Hausfrau, suche ich ein braves, katholisches Mädchen (im Alter von 8—22 Jahren), welches möglichst von häuslichen Arbeiten etwas versteht, und wäre hier unter Umständen einer Waise für lange Jahre eine sichere Existenz geboten. Eintritt sofort oder auch später. 7.4

Philippsburg in Baden, 15. April 1892.

E. Nopp,

Firma: Christian Nopp.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag **den 28. April.** 57. A.-V. **Durch's Ohr.** Lustspiel in 3 Akten von Jordan. — **Sonne und Erde.** Ballet in 9 Abtheilungen (5 Bildern) von Franz Gaul und Josef Haßreiter. Musik von Josef Bayer. Anfang 7 Uhr.

Wöschbach.

Sonntag, den 1. Mai d. J., Nachmittags halb 3 Uhr, findet die feierliche Grundsteinlegung zur neuen Kirche dahier statt, wozu ergebenst einladet

Das Erzbischöfliche Pfarramt.
C. Maurer.

Vereinsbank Karlsruhe,

eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht.

Die abgerechneten Einlagebücher, sowie die auszuzahlenden noch unerhobenen Dividendenbeträge können an unserer Kasse in Empfang genommen werden.

3.2 **Der Vorstand.**

Zinscoupons per 1. Mai

löse ich von heute an ein.

Den An- und Verkauf von Werthpapieren jeder Art, sowie die Ausführung von Börsenaufträgen besorge ich unter coulanten Bedingungen.

A. MARX, Bankgeschäft,
neben der Reichsbank.

Wohnungsveränderung.

Meiner verehrlichen Kundschaft diene zur gefälligen Kenntnißnahme, daß ich von heute an

Bahnhofstraße 38, I. Stock,

wohne.

Josef Schnetz,
Waaren-Agenturen.

Fl. Krajca,

Zeige hiermit meiner verehrten Kundschaft und meinen Bekannten an, daß ich mein

Herren-Maassgeschäft

von der Kaiserstraße 177 in die **Hebelstraße 11,** gegenüber dem Rathhaus (Marktplatz), verlegt habe. Für das bisherige Zutrauen bestens dankend, bitte ich, mir dasselbe auch ferner bewahren zu wollen und zeichnet hochachtungsvoll **d. O.**

Karlsruher Colosseum,

jeden Tag Abends 8 Uhr beginnend,

Vorstellung von Künstlern I. Ranges.

= **Reichhaltiges, jeden Tag abwechselndes Programm.** =

Alles Nähere durch die Plakate ersichtlich.

1000 Mk. Strafe

zahle ich Demjenigen, welcher mir nachweist, daß der große Ausverkauf nicht **bestimmt am Samstag, den 30. ds. Mts., ab und unwiderruflich** geschlossen wird. Dieser positive Ausdruck geschieht deshalb, weil verschiedene Herrschaften glauben, (?) es würde eine Verlängerung doch noch stattfinden. Sämmtliche Restbestände sind im Preise nochmals herabgesetzt um total zu räumen. Der Andrang war gestern und vorgestern so enorm, daß abwechselnd geschlossen werden mußte, wobei viele Herrschaften nicht bedient werden konnten und nur aus diesem Grunde ist der Ausverkauf noch bis **Samstag Abend** verlängert worden. Wiewohl sich der Laie nur schwer einen Begriff von dem kolossalen Absatz machen kann, so ist doch noch eine sehr große Auswahl, namentlich bessere und **bester** Qualitäten: Schwarze und farbige **Seidenstoffe.** Zimmer- und Salon-**Bodenteppiche,** farbige und weiße **Vorhänge,** Unmenge **Damen-Kleiderstoffe** in allen Farben und besonders viel schwarz in allen Qualitäten und Variationen, **Portièren, Taschentüchern,** viele **Reste feiner Damen-Kleiderstoffe,** Gebild **Tafel-Gedecke** mit 6 und 12 Servietten. **Thee-Gedecke, Schlaf- und Reise-Decken, Tischteppiche, Kelims** und **Chaiselongue-Decken, baumwollene, wollene** und **seidene Steppdecken,** sowie circa 300 Stück **feine Tuch- und Buxkin-Reste** für elegante Herren- und Knaben-Anzüge, auch für **Beinkleider** passend, sowie circa 150 Stückchen 10metrige **Baumwolltuche** und ein Posten weiße **Pelzpiquéstoffe,** welche wegen nunmehriger **positiver** Räumung bis auf die letzten Reste zu denkbar billigen Preise ausverkauft werden müssen. Noch nie sind so schöne Gegenstände so **spottwohlfeil** nicht allein angeboten, sondern auch **wirklich** verkauft worden.

S. Fabian (Frankfurt a. M. und Berlin C.) in **Karlsruhe,** Herrenstraße 12.

Karl Goldmann,

Schuhmacher,

227 Kaiserstrasse 227,

KARLSRUHE

hält sich zur Anfertigung nach Maaß, auch für die empfindlichsten Füße bestens empfohlen.

Mein **Lager** von allen Sorten **Schuhen** und **Stiefeln** ist reichlichst assortirt. 1

Reparaturen schnell und billigst.

Ettlingen.

Shirting, Baumwolltuch, Sammete, Tischtücher, Servietten, billige Taschentücher, Bodenläufer etc. empfiehlt

Conrad Gœdler.

Buchdrucker

(Maschinenmeister), gut katholisch, streng solid gesetzten Alters, findet dauernde Kondition; nur einfache, bescheidene Männer mögen sich melden. Offerten unter **Nr. 92** mit näheren Angaben befördert die Expedition des „Beobachter". 4.2

Lehrlings-Gesuch.

Ein junger Mann mit den nöthigen Schulkenntnissen kann in ein gemischtes Waarengeschäft unter günstigen Bedingungen in die Lehre treten. Kost und Logis im Hause. Offerten sind unter **Nr. 90** an die Expedition d. Bl. zu richten.

Notirungen der Frankfurter Börse vom 26 April 1892.

Staatspapiere.

4 %	Deutsche Reichs-Anl. M.	106 80.70
3½ „	„ „ „	99 80.
4 „	„ „ „	85 80.
3 „	Preuss. Consols „	106 7.
3½ „	„ „	99 80 7
3 „	„ „	85 9 8
4 „	Bayer. Abl.-Rente fl.	102 0.6
4 „	Württ. Rente v. 80 u. 87 M.	105 4.90
4 „	Badische Obligationen fl.	102 4.90
4 „	„ v. 1886	104 50.
4 „	Oest. St.-Sch. Gold-Rente	98 50.40
4 „	„ Goldrente fl.	94 80.
4½ „	„ Silberr. „	80 9
4½ „	„ Papier. „	81 20.
4 „	Ungar. Goldrente „	93 40 30
5 „	„ Papierrente	88 80 70
4½ „	Portugies. Staatsanl.	29 90
4½ „	„ Tabak-Anl.	74 40.
3 „	„ Ausl. (Kl.)	—
5 „	Russ. Gold-Anleihe fl.	103.70.
4 „	Span. ausl. Rente	59—
4 „	Italien. Rente	—
5 „	Serbien, Goldrente	80 50. 5
5 „	Serbien, St. E. Hyp. Obg.	81 —

Bank-Aktien.

4½ %	Deutsche Reichsbank	148 —
4 „	Badische Bank	113 80 90
4 „	Darmstädter Bank	—
5 „	Oest. Kreditb. (Ultimo)	273 ¼
4 „	„	118 5.
4 „	Rhein.	—
4 „	Deutsche Bank	160,90.
4 „	Deutsche Union-Bank	89 40

Inländische vollbez. Eisenbahn-Aktien.

4 %	Heidelberg-Speyer Thlr.	40 80 90
4 „	Hessische Ludwigsb.	109 50.
4 „	Ludwigsh.-Bexbach fl.	229 50
4½ „	Pfälzer Maxbahn	140 10.
4 „	„ Nordbahn	112 10

Ausländische vollbez. Eisenbahn-Aktien.

5 %	Albrecht 5. W. 200 fl.	76½
5 „	Oest.-Ung. St. 500 Fr.	245½
5 „	„ Nordwestb. fl.	179½
4 „	„ Lit. B. Elbthal	20 ½
5 „	Schweiz. Centralb. Fr.	123.1
4 „	Gotthardbahn „	126.50 40

Prioritäten.

5 %	Albrecht 5. W. 200 fl.	90.—
5 „	„ in Gold 400 M.	—
5 „	Oester. Südbahn	109 70
3 „	„ 1871	60,7.
5 „	„ Ung.-Staatsb. 1873	102,10 10
3 „	„ Staatsb. I.—8. Em.	84 —.
3 „	„ „ 9. Em.	83 3.
3 „	„ „ Ergänz.	81 70.
3 „	Prag-Dux-Eisenb. i. Gold	107 80,40

Verzinsliche Anlehens-Loose.

3½ %	Preuss. 100 Thlr.	—
3½ „	Köln-Mindener 100 Thlr.	135 —
4 „	Bayerische 100 Thlr.	14 80
4 „	Badische 100 Thlr.	136 40 30
4 „	Meining. Pfdbr. 100 Thlr.	128,8 ,70
3 „	Oldenburger 40 Thlr.	129 —
5 „	Oest. v. 1854 5. W. 250 fl.	123 7.
5 „	„ v. 1860 5. W. 500 fl.	125.10.

Unverzinsliche Anlehens-Loose.

Braunschweiger 20 Thlr.	104,70
Augsburger 7 fl.	29.6 ,40
Ansbacher 7 fl.	42 90 80
Meininger 7 fl.	27 8 ,70
Pappenheimer	26 40.
Freiburger 15 Fr.	31 50.
Mailänder 45 Fr.	40 40,30
„ 10 Fr.	18.80,70

Wechsel. K. S.

Amsterdam 100 fl.	169,—
Antwerpen 100 Fr.	81 05.
Schweiz 100 Fr.	80 995.
Wien 100 fl. ö. W.	170 85
Paris 100 Fr.	81 15
London	20.425.

Pfandbriefe.

4 %	Rhein. Hypothekenbank	100 80
3½ „	„	95,8
4 „	[illegible]	102,10
4 „	[illegible]	102 20.10

Verfallene Coupons.

Oester. Papier	170.—
Amer. U. St. u. E. B.	4.16½

Geldsorten.

20-Franken-Stücke	16.24 20
„ in ½	16 25 19
Dukaten	9 60 55
„ al marco	9.69—65
Engl. Souverains	20.41 35

Verantwortlich: Für den redaktionellen Theil: J. Kattler. — Für die Inserate: H. Vogel. — Beide in Karlsruhe. — Druck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia" in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg